

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Mfg. pro Monat, 1,50 Mfg. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelie Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Lebens-spaltene Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: **Altverband Bochum.**

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe. Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wemelhauserstr. 42.** Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zur Eröffnung des Reichstages und des preussischen Landtages.

Am 22. November tritt der Reichstag nach siebenmonatlicher Pause wieder zusammen. Seiner harren viele und bedeutende Arbeiten, auch solche, die für die Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit sind. Ein Reichstagesgesetz ist angehängt, ferner sollen Gesetze betr. Arbeiterunzufug, Arbeitskammern, freie Hilfsklassen, Gelmarbeiter-schutz usw. zur Beratung kommen. Was für die Arbeiter dabei herauskommt?

Die Zusammensetzung im neuen Reichstag ist durch die Januarwahl verändert worden, aber nicht zum Besseren für die soziale Bewegung. Konservative, Nationalliberale, Antisemiten und Freisinnige bilden heute die Mehrheit. Die erstgenannten beiden Parteien sind der „Kern des nationalen Blocks“, sind bekannt als die hartnäckigsten Feinde der gewerkschaftlichen Arbeiterforderungen. Wer von den Arbeitern gejubelt hat über den angeblich „nationalen“ Wahlausfall, war hinteres Nicht geföhrt oder ein Feind seiner Klasse. Unfreiwillig hatte die Arbeiterklasse von der im früheren Reichstag möglichen Mehrheitsbildung mehr zu erwarten als von dem „Block“ im neuen Reichstag. Durch die Neuwahlen ist die Gruppierung der Parteien im Reichstag eine arbeiterfeindlichere geworden.

Mit großen Hoffnungen sah das im Wahlraum mitgeriffene Volk der ersten Tagung des neuen Reichstages entgegen. Als sie beendet, da schrieb selbst der frühere freisinnige Abgeordnete Herr von Gerlach, die positive Arbeit des neuen Reichstages wiege „nicht schwerer als ein ausgeblasenes Ei“. Das flüchtige Zentrumslager, die „Blühende Volkszeitung“ urteilte: „Erfolgsloser und interesseloser ist noch niemals eine mit solchen Erwartungen begonnene Reichstagsession zu Ende gegangen.“

Nachher als die konsequentesten Schwarzseher glaubten, ist die Ernüchterung und der Stagnationszustand eingetreten. Die nach der Wahl himmelhoch jauchzenden, sind jetzt schon zum Tode betäubt. Die Schuldenlast des Reiches hat der „Block“ gleich um 258 Millionen Mark neue Anleihen vermehrt. Von 1240 Millionen Mark im Jahre 1890 ist die Reichsschuldenlast bis jetzt auf rund 4000 Millionen Mark hinausgewachsen. Neue bedeutende Mehrausgaben werden in Aussicht genommen. Die Defizit im Reichshaushalt wird größer.

Nun sind schon die Lebensmittelpreise infolge der erhöhten Zölle, geringen Ernten und Preistreibern der Verkäufer unheimlich in die Höhe geschwollen. Seit 30 Jahren hatten wir nicht so hohe Getreidepreise; die Fleischpreise zwingen immer mehr Familien, sich der Fleischnahrung zu entziehen. Auch die Kartoffeln, das eigentliche Brot der Armen, sind bedeutend verteuert. Was soll das werden!

Dazu breitet sich die Geschäftslage aus. Arbeiterentlassungen, Betriebsbeschränkungen, Lohnreduzierungen werden gemeldet. Dunkel steht die Zukunft des arbeitenden Volkes aus! Wenn die Löhne sinken, die Lebensmittelpreise und Mieten bleiben erfahrungsgemäß auf der Höhe stehen. Was soll das werden?! Industrielle und Händler flagen über die neuen Handelsverträge, die der deutschen Industrie noch viel mehr Schaden zufügen, wenn die Preise einen heftigen, internationalen Charakter annehmen, wofür genug Anzeichen vorliegen. Wie wird es dann der Arbeiterschaft ergehen!? Die Industriellen haben ihr Schäfchen im Trocknen.

Nicht an eine Ermäßigung, sondern an eine weitere Vermehrung der Steuerlasten denken die Regierenden. Sie denken auch nicht an eine direkte, nach dem Einkommen und Vermögen abgestufte Reichsteuer. Dagegen irrt sich der „Kern des Blöckchens“. Es sollen noch weitere indirekte, die Armen am härtesten treffende Steuern eingeföhrt werden. Damit will man sich bedanken für den „nationalen“ Wahlausfall.

Wer die Augen offen hält, sieht, daß die Anschauungen der Großindustriellen im Zentralverband der Scharfmacher jetzt mehr von der Reichsregierung berücksichtigt werden wie zur Zeit, da Pojadowsky sich als „Minister für Sozialpolitik“ bekannte. Pojadowsky mußte gehen, Junker und Zentralindustrielle triumphierten. Darüber können die schwungvollen Ministerworte auf dem „christlich-nationalen Arbeiterkongreß“ nicht hinwegtäuschen. Warum konnte Pojadowsky nicht bleiben, wenn der neue Kurs arbeiterfreundlicher sein soll? Um das praktisch zu beweisen, dafür war von allen Ministern der Graf von Pojadowsky am geeignetsten. Daß gerade dieser Mann entlassen wurde nach dem „nationalen“ Wahlausfall, hat auch solche Arbeiterkreise mit Mithränen erfüllt, die von dem neuen Reichstag eine Förderung der Sozialgesetzgebung erhofften.

Die deutsche Arbeiterschaft wird anscheinend den Leidensfuß erst bis zur Neige leeren müssen, ehe alle Arbeiter lernen nur auf sich selbst, nicht auf klingende Wahlversprechungen und höfliche Ministerreden zu vertrauen. Der gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterschaft hat das erkannt, weiß auch, daß die neue Reichstagsmehrheit weniger wie die frühere geneigt ist, fortschrittliche sozialreformatorische Arbeit zu leisten. Der Geist des „Herrn im Hause“ dirigiert energischer wie früher. Und man kann keine Zeichen von den Dornen pflücken. Die Blinden müssen sehend werden.

Über Tage nach dem Zusammenritt des Reichstages soll auch der preussische Landtag eröffnet werden. Bittere Erinnerungen werden nach in den Kreisen der Bergarbeiter, wenn sie an den preussischen Landtag denken. Diesem durch und durch arbeiterfeindlichen Parlament sind die Bergarbeiter ausgeliefert! Was es seit 50 Jahren in der Bergarbeitergesetzgebung leistete, das häuften stets neues Leid auf das alte.

Es fing an mit der unerhörtesten Entrechtung der Knappschafftsmitglieder durch das Gesetz von 1854, vollendet 1865 die Entrechtung des Grubenbesizers als Bergarbeiterherren und lieferte durch die Berggesetznovellen von 1892, 1905 und 1906 wieder den Beweis, daß im preussischen Landtag die bescheidensten Wünsche der Bergarbeiter kein Gehör finden.

Der preussische Landtag hat die Grubenindustriellen von jeder bürokratisch-fiskalischen Bevormundung befreit, dagegen den Grubenarbeiter einem Ausnahmengesetz unterstellt. Alles was die Bergarbeiter entsprechend ihrer gefährlichen und gesellschaftlich so hochwertigen Tätigkeit an Sonderrechten befehlen haben, schaffte der Landtag ab. Es sei „nicht mehr zeitgemäß“, hieß die Begründung. Aber dafür sind in das Berggesetz Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter hineingekommen, die erst recht nicht zeitgemäß sind, weil sie den Arbeiter förmlich zu einem Untertanen der Bergwerksbesitzer stempeln.

Ueberhaupt — was ist denn an dem preussischen Landtag „zeitgemäß“? Er wird auf Grund eines Wahlsystems „gewählt“, das schon Bismarck das elendeste genannt hat. In drei Klassen sind die Wähler eingeteilt. Die dritte Klasse, mehr als dreiviertel aller Bürger umfassend, läßt man zwar „wählen“, aber sie besitzt keinen Einfluß auf die Abgeordnetenwahl! In der dritten Wählerklasse befinden sich die Arbeitermassen, die kleinen Handwerker, Bauern und Geschäftleute. Sie können „wählen“ oder nicht „wählen“, es ist ein seltener Glücksfall, wenn die Wählermänner der dritten Klasse einen Abgeordneten ihres Standes bekommen.

Die ungeheuren Volksmassen, darunter auch die mehr als 600000 preussischen Bergarbeiter, besitzen keine Vertretung im Landtag, das Dreiklassenwahlrecht entwürdigt das werktätige Volk zu Nullen!

Darum nur die entsetzlichen Bergarbeitergesetze, dann nur die höhnen, beleidigende Behandlung der allerdringlichsten Bergarbeiterforderungen im Landtag. Vor dessen Hallen macht die Sozialpolitik Halt, was herauskommt sind Steine statt Brot für die Bergarbeiter.

Sahen wir es nicht bei den Bergarbeitertragnovellen 1892 und 1906? Selbst die Regierungsvorlagen wurden verschleiert und verhunzt. Sahen wir es nicht wieder bei der Knappschafftsklassen-Novelle 1906? Warum können uns jetzt miserable Knappschafftsstatuten angeboten werden? Weil der Landtag ein miserables Gesetz machte! Warum kann man mit einem noch schlechteren Zwangsstatut drohen? Weil der Landtag weitere Entrechtungen der Knappschafftsmitglieder beschloß! Die Landtagsboten fühlten sich sicher im Schutze des Dreiklassenwahlrechts. Sie wissen, daß dieses Wahlsystem einer Arbeitervertretung die Türe des Landtages verschließt.

Das steigende Blutmeer im Bergbau, die Tränen der Witwen und Waisen, das erbärmliche Leben der auf die kümmerlichen Knappschafftsleistungen angewiesenen Invaliden, Witwen und Waisen, alles läßt die Dreiklassenwahlmänner kalt. Steine gaben sie uns, statt Brot.

Kein Wunder, daß im Volke die Empörung über das Dreiklassenwahlrecht steigt. Wunders muß man sich nur über die immer noch in weiten Arbeiterkreisen vorhandene Gleichgültigkeit gegenüber den allen gesunden sozialen Empfindungen höhnsprechenden Taten der Dreiklassenwahlmänner!

Für die Bergarbeiter ist die Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts, die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts eine Lebensfrage! Der Landtag hat über die Bergarbeitergesetze zu beschließen. Wohl liegen dem Reichstag Anträge für ein Reichsberggesetz vor, aber die Regierung und der „Kern des nationalen Blocks“, die Konservativen und Nationalliberalen, sind gegen ein Reichsberggesetz. Solange die Blockmehrheit besteht, ist auf ein Reichsberggesetz nicht zu hoffen. Die Bergarbeiter sind also auf den Landtag wer weiß wie lange noch angewiesen. Infolge dessen bedeutet die Landtagswahlreform auch die Reform der Bergarbeitergesetze. Und da Preußen auch hierin maßgebend, ist der Kampf um den preussischen Landtag für alle Bergarbeiter Deutschlands ein Kampf für besseren Lebensschutz.

Kein Zweifel, die denkenden Arbeiter aller Parteien sind über das Dreiklassenwahlrecht erbittert. Daß die organisierten Bergarbeiter aller Richtungen in dem Dreiklassenwahlrecht die Wurzel der schlimmsten Uebel im Bergarbeiterberufe erblicken, weiß jeder, der sich um die Sache kümmerte. Auch hinsichtlich der Bedeutung des Landtages für die Bergarbeiter herrscht volle Uebereinstimmung im Bergarbeiterlager.

In seiner Nummer vom 2. Oktober 1907 kritisiert der Hirsch-Dundersche „Bergarbeiter“ die Untätigkeit des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in der Wahlrechtsfrage. Wer das Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter mit allen anderen Gesellschaftsklassen“ erreichen wolle, der müsse für das „direkte, gleiche und geheime Wahlrecht auch für die Arbeiter zu den Parlamenten und sonstigen Körperschaften“ eintreten. Der „Evangelische Arbeiterbote“ sagt, wenn der christlich-nationaler Arbeiterkongreß über das Wahlrecht abgestimmt hätte, der Antrag für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wäre „mit überwältigender Majorität angenommen worden.“ Das ist auch unsere Ansicht.

Wiederholt und mit aller Deutlichkeit hat sich der „Bergknappe“ gegen das Dreiklassenwahlparlament aus-

gesprochen. Als das Knappschafftsgesetz in seiner verhunzten Form vorlag, forderte der „Bergknappe“ (7. April 1906) „alle arbeiterfreundlichen und gerechten Abgeordneten“ auf, gegen das Gesetz zu stimmen, wenn es länger den Arbeitern „keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Verwaltung der Knappschafftsklassen einräume.“ Diese Mahnung verhallte in den Wind, das Dreiklassenparlament nahm obenrein den Invaliden das Wahlrecht. Dazu schrieb der „Bergknappe“ am 26. Mai 1906:

„Konservative und Nationalliberale haben die Mehrheit, wollen aber unter keinen Umständen weitere Zugeständnisse machen. . . . Soviel ist sicher, im Dreiklassenparlament ist für die Bergleute nicht viel zu holen!“

Das bestätigt eine fünfzigjährige traurige Erfahrung. Nein, aus dem Dreiklassenparlament kann nichts gutes für die Bergarbeiter kommen. Feigen wachsen nicht auf Dornen. Feudale Junker, hochmütige Bürokraten und Vertreter des Großkapitals werden keine bergarbeiterfreundlichen Gesetze machen.

Rückwärtslos hat das auch der „Bergknappe“ am 27. Mai 1906 ausgesprochen, als die Dreiklassenparlamentmehrheit die Bergarbeiterbeschuldigung der Regierung total verhunzt hatte. Da ließ das Gewerkschaftsorgan alle Rücksichten fallen und schrieb:

„Wer bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Lesung würde Verbilligtes herauskommen, ist gründlich irritiert. Und das ist gut! Besser ist es, die volle Mächtigkeit des konservativen Aktungs vor der Welt mit erschreckender Deutlichkeit zu sehen, als sich noch länger der Täuschung hinzugeben, bei diesen arbeiterfeindlichen Scharfmachern könne noch eine arbeiterfreundliche Seite angeschlagen werden.“

Jede Hoffnung ist aufgegeben, die schreckliche Wirklichkeit ermutigte selbst diejenigen, die noch eine schwache Hoffnung auf die sozialpolitische Einsicht des Dreiklassenparlaments gesetzt hatten. Steine statt Brot würden den Bergleuten gegeben. „Und das ist gut!“ rief der „Bergknappe“ aus. Nicht um „Gehstoffs“ zu haben, sondern in der Hoffnung, daß die Taten des Dreiklassenparlaments den Bergarbeitern klar machten, was von Junkern und Geldsackvertretern zu erwarten ist.

Völlige Uebereinstimmung herrscht also auch hinsichtlich der Verurteilung des Dreiklassenparlaments zwischen den Bergarbeiterorganisationen. Ueberall, wo deutende Bergarbeiter zusammen kommen, sagt man sich, daß die Wurzel des Übels das Dreiklassenwahlrecht ist, das dem arbeitenden Volke die Türe des Landtages verschließt. Die Wurzel des Übels muß ausgerottet werden! Die Bergarbeiter haben ein doppeltes und dreifaches Interesse an der Ausrottung des Übels.

Nicht durch die gewerkschaftlichen Organisationen kann der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geführt werden. Das widerspricht dem Charakter und den Statuten einer Berufsorganisation. Aber als Staatsbürger müssen die Bergarbeiter in den Wahlrechtskampf eintreten, born an der Spitze müssen die Knappen mit stehen, denn es handelt sich um ihren Lebensschutz, um ihr Lebensglück, um die Wiedererlangung ihrer alten knappschafftsrechtlichen Rechte!

Das alte Unrecht zu beseitigen helfen, dazu fordern wir die Bergarbeiter aller Parteien auf. Was auch wir schon wiederholt ausgesprochen, das schrieben am 22. April 1906 der „Bergknappe“ den Dreiklassenwahlmännern mit folgenden Worten in's Stammbuch:

„Diejenigen, welche noch hoffen die stelsibischen Agrarier würden in etwa den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter Rechnung tragen, werden nun wohl einsehen, daß das alte Sprichwort: „Jedem das Seine“ bei diesen Herrschern der Grubenbesitzer ebensowenig Geltung hat wie bei den letzteren selbst. . . .“

„Wir stehen nicht auf dem Standpunkt einer einseitigen Klassenpolitik, wenn sich aber eine Partei fortwährend auf einen einseitigen egoistischen Standpunkt stellt, alle anderen Stände aber nicht als gleichberechtigt ansieht, so dürfen doch auch hier einmal die schärfsten zu Gebote stehenden Mittel am Platze sein.“

Jawohl, so ist es! Schärfere Mittel müssen angewendet werden! Das ganze arbeitende Volk muß in Bewegung kommen. Und born an in die Kolonnen gegen das Dreiklassenwahlrecht müssen die Bergarbeiter sich stellen. Denn keiner hat soviel von dem Landtage des Geldsackwahlrechts zu leiden wie der Bergarbeiter, kein Stand ist mehr entrechtet worden wie der Bergarbeiterstand.

Nun in den verschiedensten politischen Parteien der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufgenommen ist oder werden soll, fordern wir die Bergleute auf, Dampf dahinter zu bringen! Tretet an die politischen Führer heran, fordert sie zum Kampf für ein gerechtes Wahlrecht auf! Laßt euch nicht mit leeren Worten und diplomatischen Klünften abspenien! Tretet die lauen Brüder an, zwingt die politischen Parteiführer zur Klaren, unabweisbaren Stellungnahme! Wer sich brüden will, meint es nicht ehlich mit dem Volke. Wer euch mit „wenn“ und „aber“ vertröstet, stüzt nur die Herrschaft des Unrechts.

Bergarbeiter! Kameraden! Welcher politischen und religiösen Richtung ihr auch huldigt, in der Frage des Lebensschutzes gibt es keine Meinungsverschiedenheiten unter uns. Denkt an die verunglückten Brüder! Denkt an die Entrechtungen der Knappschafftsmitglieder! Denkt an allen Hohn, an alle Beleidigungen, die euch der Dreiklassenlandtag zuföhrt! Wer kein feiger Knecht, sondern ein gleichberechtigter Staatsbürger sein will, der vereine sich mit den anderen entrechteten Volksgenossen zu dem Kampfe gegen das Geldsackwahlrecht, zum Kampfe für den Bergarbeitererschutz!

Hunderttausende müssen noch gewonnen werden. Jedes Mitglied sei ein Agitator!

Vorwärts geht unser Weg!

„Und drückt der Winter noch so sehr...“

Wir können den Kameraden die erfreuliche Mitteilung machen, daß die im ersten Halbjahr 1907 eingetretene Erstarkung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im dritten Quartal dieses Jahres angehalten hat. In der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 17. August berichteten wir den Kameraden, wie sich die Verbandsentwicklung in den ersten zwei Quartalen 1907 gestaltet. Die Stärke einer Organisation beruht ebenso sehr auf einer zahlreichen, gut geschulten Mitgliedschaft als auf ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. In ernstlichen Zeiten entscheidet der Kampffonds über die Bedeutung der Organisation. Deshalb hat sich die Verbandsverwaltung auf den Standpunkt gestellt, nur solche Mitglieder als Bestand anzugeben, die ihre Beiträge regelmäßig zahlen oder doch, wenn sie auch zeitweilig ruhestellen, als Verbandsmitglieder in Betracht kommen dürfen. Die Verbandsverwaltung verfolgt das Ziel, möglichst nur vollzahlende und regelmäßige Mitglieder zu haben, wenn auch die Mitgliederzahlen nach außen hin nicht so „glänzend“ wirken. Die Hauptlast sind vollwertige Mitglieder. Leider läßt sich wegen des in der Bergbauindustrie ungeheurer großer Beschäftigungswechsels die völlige Befestigung der Reihen nur sehr schwer erreichen. In jedem Quartal ziehen tausende und aber tausende Kameraden von einem Revier, Bezirk oder Ort, zum andern, die wenigsten haben sich daran gewöhnt, ihren Anzug und neuen Wohnort den Ortsverwaltungen rechtzeitig anzumelden. Oft nach Monaten finden unsere Zeitungsboten solche Vergessenen wieder, die nun entweder ihre Unrechte verloren haben, sich streiten lassen, oder um Aufschub in der Zahlung ihrer Mittelstände ersuchen müssen. Solche Fälle kommen jedes Quartal zu Tausenden vor, viele Mitglieder gehen uns durch den massenhaften Anzug verloren, oder werden betragsrückständig.

Darum richten wir an alle Mitglieder die dringende Aufforderung, sich regelmäßig bei der Ortsverwaltung umzumelden beim Wechsel des Wohnortes! Wer sich nicht ummeldet, mit seinen Beiträgen in Rückstand kommt, dem gehen laut Statut alle Mitgliederrechte verloren! Wo jetzt die Geschäftsstelle hereinbricht, da müssen sich die Vergleite erst recht eine Stütze suchen, und das ist der Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Die Ortsverwaltungen sind dringend gebeten, zum Jahresabschluss für eine vollständige Abrechnung Sorge zu tragen! Es gibt schon Zahlstellen, die so gut wie keine Restanten haben. Jede Ortsverwaltung muß ihren Stolz darin setzen, bis zum Jahresabschluss ihre Mitgliedschaft richtig zu verzeichnen und die rückständigen Beiträge bis auf den letzten Pfennig einzufordern. Wenn das geschieht, dann wird das Finanzergebnis am Jahresabschluss noch bedeutend besser sein wie bisher.

Der beste Gradmesser für die Leistungsfähigkeit einer Organisation ist ihre Einnahme an Mitgliederbeiträgen. Wie in dieser Hinsicht unser Verband alle Konkurrenten weit hinter sich gelassen hat, lehren folgende Zahlen:

Einnahme an Beiträgen im Geschäftsjahr 1904:	651 532 Mk.
1905:	1 189 585 „
1906:	1 587 886 „
Einnahme an Beiträgen in den ersten 9 Monaten 1906:	1 146 689 „
1907:	1 251 978 „

Die Beitragseinnahme in den ersten 9 Monaten 1907 ist rund 105 000 Mk. höher gewesen, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres! Das entspricht einer Zunahme der zahlenden Mitglieder von 7-8000! Wohl gemerkt, das sind keine unkontrollierbaren Angaben, sondern für so viel Mitglieder mehr sind Beiträge eingegangen. Das beweist unser Vorwärtsweg.

Die direkten Leistungen des Verbandes für seine Mitglieder betragen sich in den ersten 9 Monaten 1907 auf 19 015 Mk. an Gemahregelte, 94 821 Mk. an Streikende, 44 42 Mk. an Arbeitslose, 42 625 Mk. an Rechtschutz und Arbeitersekretariate, 183 429 Mk. an Krankte, 43 720 Mk. an Sterbegelder. Die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung ist auch diesmal noch gering, weil bisher der Geschäftsgang im Bergbau noch lebhaft war. Aber gerade diese Unterstützung wird steigen und segensreich für die Mitglieder und ihre Familien wirken, wenn auch, was für 1908 angeht, ist in der Montanindustrie Arbeiterüberfluß eintritt. Wer von den Vergleuten dann arbeitslos wird und dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands vollberechtigt angehört, dem hilft unsere Arbeitslosenunterstützung wenigstens über die ärgste Not hinweg. Darauf möchten wir die Kameraden ganz besonders hinweisen; sagt es auch recht eindringlich den noch Unorganisierten. Niemand sorgt für die Arbeitslosen, wenn sie nicht organisiert sind!

Schmutzige Väterzungen versuchen das Vertrauen der Kameraden zur Verbandsleitung zu unterwühlen. Solange der Verband der Bergarbeiter Deutschlands existiert, haben diese Väterzungen noch nicht aufgehört, ihren Zweck aber nicht erreicht. Fester wie je steht der Verband heute da, eine große Schar treuer Mitkämpfer unterstützen die Verbandsleitung in ihrem Bemühen, eine machtvolle Bergarbeiterorganisation zu schaffen, die allen Stürmen gewachsen ist. Und der volle Erfolg wird nicht ausbleiben.

Wie die Verbandsleitung mit den Arbeitergroßen haushält, das sollen uns die Ausweise über das Verbandsvermögen zeigen. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist einer von den größten freien Gewerkschaften mit dem niedrigsten Wochenbeitrag. Daß bei den großen Anforderungen, die an die Verbandskasse statutenmäßig gestellt werden, recht vorzüglich gewirtschaftet werden muß, um von dem 40 Pfennig-Wochenbeitrag auch noch Fonds anzusammeln, weiß jeder, der etwas von Verwaltung versteht. Die Verbandsverwaltung hat es fertig gebracht, trotz des niedrigen Beitrages und der hohen Anforderungen an die Verbandskasse doch in den ersten 9 Monaten 1907 einen **Ueberschuß von mehr als 500 000 Mk.** zu machen! Das stopft den Verbleibern gründlich ihren schnuckigen Mund.

Wie sich das Verbandsvermögen entwickelte, zeigen nachstehende Angaben:

Vermögensbestand am Ende des Geschäftsjahres 1903:	438 952 Mk.
1904:	734 901 „
1905:	1 226 455 „
1906:	1 252 645 „
Vermögensbestand am Schluß des 3. Quartals 1907:	1 763 905 „
Vermögenszuwachs in den ersten 9 Monaten 1907:	511 260 „

Ueber eine halbe Million Mehrvermögen hat die Verbandsverwaltung schon in den ersten 9 Monaten 1907 einströmen lassen können! Dieser günstige Stoffabschluss ist natürlich nur möglich gewesen durch die treue Mitarbeit der Kameraden in den Revieren, woß ihnen Dank gebührt. Dieser stattliche Vermögenszuwachs ist der beste Beweis für die im Verband der Bergarbeiter Deutschlands übliche gewissenhafte Verwaltung der Arbeitergehälter.

Noch steht der Kassenabschluss für das letzte Quartal aus. Die Verbandsverwaltung ist bestrebt, bis zum Jahresabschluss das Verbandsvermögen auf zwei Millionen Mark zu bringen. Wenn alle Kameraden, Zeitungsboten und Ortsverwaltungen sich eifrig ins Geschäft legen, dann gelingt es. Noch harren hunderttausende Unorganisierte der Aufklärung und Aufnahme in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Noch sind überall herumgeworfene neue Mitglieder zu gewinnen. Frisch an die Agitationsarbeit, Freunde und Kameraden, damit der Jahresabschluss ein noch viel besseres Resultat bringt! Mit dem, was der alte Verband leisten kann verberge

seiner Klassenverhältnisse, bestrebt sich keine andere Bergarbeiterorganisation zu messen. Darüber ist jeder Streit erledigt. Bis zum letzten Beitrag müssen am Jahresabschluss die Rückstände einbezahlt sein. Das nehme sich jede Ortsverwaltung vor, und es wird ermöglicht. Der Stolz der Ortsverwaltungen muß sein, berichten zu können: Wir haben keine Restanten und unsere Mitglieder erzahlt ist gewachsen! Vorwärts Kameraden, diesem Ziele zu. Vorwärts, auf dem Wege zu einer gewaltig starken Bergarbeiterorganisation! Und drückt der Winter noch so sehr, es muß uns doch gelingen!

Die preussischen Knappschaftskassen im Jahre 1906.

Mit dem 1. Januar tritt das neue Knappschaftsgesetz für Preußen in Kraft. Damit werden ein Teil der bis jetzt noch angewandten Methoden in der Berichterstattung über das Knappschaftswesen bedeutende Umwandlungen erfahren. Für das verfloßene wie für das laufende Jahr wird es ja noch bei der alten Berichtungsweise bleiben, die statistischen Ergebnisse der Knappschaftskasse behalten hier noch ihr altes Gesicht.

Mehr als ein halbes Jahrhundert hat es bedurft, um mit einer Anzahl alterstarrer Prinzipien im Knappschaftswesen aufzuräumen, vieles, was sich überlebt hatte, ist geblieben. So wenig wie man aber von einem Dornenstrauch Feigen schütteln kann, ebenso wenig können wir erwarten, daß ein so zusammengefügtes Abgeordnetenhhaus, wie es das preussische Dreiklassenparlament ist, Reformen durchführt die sich dem neuzeitlichen Geiste voll und ganz anpassen.

In irgend einem alten Buche, dessen Verfasser fast ein Jahrhundert in der Erde ruht, lesen wir, daß man innerhalb der Gesetzgebung in Preußen immer fünfzig Jahre bedarf, ehe man sich mit einem vernünftigen, fortschrittlichen Gedanken vertraut gemacht hat. Und immer, meht der alte Wiedermann, dauere es dann noch eine Weile, einen solchen Gedanken in die Tat umzusetzen. Wer nun unsere Gesetzgebung in Preußen verfolgt hat, der weiß, wie obige Schilderung des preussischen Volksgelstes das richtige trifft, vollinhaltlich sogar, wo es sich um das preussische Knappschaftswesen handelt. Sich dem modernen Zeitgeist anpassen, war den preussischen Gesetzgebern immer ein Greuel und so schleppen wir eine Anzahl von Gesetzen und Verordnungen noch heute mit, die an längst vergangene Zeiten erinnern; viel, viel weiter zurück, noch ehe der Großvater die Großmutter nahm. Wir haben heute noch Gesetze und Verordnungen, deren Entstehen auf ein Jahrhundert und mehr zurückzuführen sind, also auf eine Zeit hin, wo man die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse nicht voraus-träumen konnte; Gesetze, die sich noch dem feudalen Charakter der damaligen Zeiten anpassen, oder die aus den Kämpfen des aufstrebenden Bürgertums gegen die müßige Feudalwirtschaft entstanden. Es ist überflüssig, Vergleiche zwischen heute und damals zu ziehen, aber was veraltete Gesetze im Volkskörper bedeuten, weiß jedes Kind. Sie sitzen wie ein Pfahl im Fleische. Und alles das nur, weil der Eigennutz oft nur einer Hand voll Leute es so haben will. Diese wollen sich in ihrer Willkür und ihren Geschäften nicht stören lassen.

Nicht anders ist es mit der Knappschaftsgeschichte gegangen. Auch hier haben Willkür und der Zwang sich zusammengearbeitet, um sich jedem vernünftigen Fortschritt entgegenzustellen. Heute noch müssen die Bergarbeiter um Forderungen kämpfen, die ihre Väter vor vielen Jahrzehnten aufstellten und die in ihrer Berechtigung bisher nichts verloren haben. Das neue Knappschaftsgesetz wird die Bewegung um diese Forderungen, weil die letzteren bei der jetzigen Gesetzreform nicht beachtet, viel weiter noch erfüllt werden, weiter mit sich schleppen. So wollten es die Junker und Grundbesitzer haben und die Regierung versagte. Schwere Kämpfe wegen fortgesetzter Vergeßung des Menschenrechts haben wir hinter uns liegen, schwerere liegen noch vor uns. Wir Bergarbeiter sind uns darüber nicht im Zweifel.

Ein Blick auf die Zahlen, wie sie die Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen wiedergibt, zeigt uns die ganze jämmerliche Lage des preussischen Knappschaftswesens. Es gab auch 1906 nicht weniger als 72 Knappschaftskassen deren statutarischen Satzungen an Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten nichts zu wünschen übrig lassen. Das neue Knappschaftsgesetz hat mit dieser Zersplitterung der Knappschaftskassen nicht ausgeräumt, obwohl eine ganze Anzahl von ihnen kaum den Namen Knappschaftskassen verdienen. 32 Knappschaftskassen gibt es in Preußen, die nicht einmal 1000 Mitglieder zählen und hier gibt es zehn Kassen, die nicht einmal 50 Mitglieder aufweisen, sechs haben sogar unter 20 Mitglieder. Statt mit einer solchen Zersplitterung aufzuräumen, begnügte man sich mit der letzten Reform nur weiteren Zersplitterungen entgegenzutreten. In der Bildung eines Rückversicherungsverbandes für die preussischen Knappschaftskassen hat man geglaubt, diesen kleinen Vereinen den nötigen Rückhalt zu geben, deren finanzielle Leistungsfähigkeit für die Knappschaftsmitglieder aufrechtzuerhalten bzw. sicher zu stellen. Da man aber damit Glück hat, wird die Zukunft zeigen.

Wie es heute mit einzelnen Knappschaftskassen bestellt ist, zeigt uns der neue St. Wendeler Knappschaftsverein, ihm gehörten in den letzten Jahren nur noch zwei Mitglieder an. Das eine Mitglied ist nunmehr gestorben und das andere ist aus dem Verein ausgeschieden, so daß dieser nun ganz von Mitgliedern entleert ist.

Einem standalösen Zustand hat das neue Knappschaftsgesetz ein Ende bereitet und zwar dem System der Unständigkeit in den einzelnen Knappschaftskassen. Wie weit es damit gekommen war, ersieht man daraus, daß neben 429 724 ständigen im Berichtsjahr sich 265 783 unständige Mitglieder befanden. In einzelnen Kassen finden wir ein starkes Uebergewicht der letztgenannten. So hatte der Saalkreiser Knappschaftsverein neben 2061 Ständigen 4633 Unständige; der Neupreussische Knappschaftsverein neben 3803 Ständigen 10729 Unständige. Im Brandenburgischen Knappschaftsverein war das Verhältnis 2629 : 12215; im Knappschaftsverein der Werke am Finow Kanal 117 : 1107; im Mübden-Ravensberg'schen Knappschaftsverein 30 : 415; im Eiseler Knappschaftsverein 184 : 573; im St. Goar Knappschaftsverein 109 : 455. Andere Knappschaftsvereine weisen gleichfalls eine große Anzahl unständige Mitglieder auf. Es war in der Tat die höchste Zeit, daß mit diesem Unfug in den Knappschaftskassen ausgeräumt wurde.

An Unterstützungsberechtigten, einschließlich der Personen, welche reichsgesetzliche Unfall- oder Invalidenrenten bezogen, waren vorhanden:

	Invaliden	Witwen	Waisen	Zusammen
am Jahresanfang	71 404	58 085	49 287	178 776
am Jahresabschluss	73 482	59 763	50 258	183 503

Das durchschnittliche Lebensalter beim Eintritt in die Invalidität betrug 1906 44,7 Jahre gegenüber 46,2 Jahre im Jahre 1905 und 48,1 Jahre im Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Im Jahre 1897 waren 13325 Ganzinvaliden unter 50 Jahre und 34183 Invaliden über 50 Jahre alt. Zehn Jahre später waren unter 50 Jahre alt 21 444 Invaliden und über 50 Jahre alt 49 536 Invaliden. Die Zahl der Invaliden unter 50 Jahre stieg also um 61 Proz. während die Zahl der Invaliden über 50 Jahren nur um 45 Proz. stieg. Im Jahre 1906 war das durchschnittliche Lebensalter bei Eintritt in die Invalidität unter 40 Jahre bei 8738, unter 35 Jahre bei 5027 und unter 30 Jahre bei 2026 Invaliden. Gebrechliche Krüppel trotz jungen Jahren! Man verstehe recht, hier handelt es sich um Leute, die nicht infolge eines Unfalles plötzlich mit geringen Ausnahmen sondern die infolge von Krafftst und Entkräftung Invaliden werden mußten.

Die Zahl der jungen Invaliden steigt von Jahr zu Jahr. Typisch ist die große Zahl der jungen Invaliden, die mit Asthma behaftet sind, gewöhnlich eine Folge der unerschütterten Schusterrei auf den Gruben.

Im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum waren 1906 12 420 Invaliden unter 50 Jahre alt 18 108 über 50 Jahre. Im Jahre 1897 war das Verhältnis 6783 : 12 664. Die Zahl der Invaliden mit unter 50 Jahre Lebensalter stieg von 34,7 Proz. auf 40,7 Proz. der Gesamtinvaliden gleich 6 Proz. Es geht gründlich bergab mit der Lebensdauer eines Bergmannes und es gibt Reviere, wo das Durchschnittsalter bei Eintritt in die Invalidität heute nur noch 40 Jahre beträgt, so im Rotenfelder Knappschaftsverein und im Knappschaftsverein Rheinpreußen.

In vielen Bergrevieren verbleiben die Invaliden nur wenige Jahre im Genus ihrer Pension, dann ist es zu Ende mit ihnen. Wie sich das Verhältnis in einzelnen Knappschaftsvereinen gestaltet, zeigen folgende Zahlen:

Knappschaftsverein	Durchschnittliches Lebensalter beim Eintritt in die Ganzinvalidität		Die durchschnittliche Dauer der Pension bei Eintritt in die Ganzinvalidität	
	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre
Ober-schlesischer K.V.	43,9	17,3	7,6	7,0
Nieder-schlesischer K.V.	48,0	22,5	7,2	7,2
Allgem. K.V. Bochum	41,7	20,2	12,1	9,6
Saarbrücker K.V.	44,5	19,8	5,7	6,0
Burmknappschaft	41,3	17,3	12,1	8,6
Brühler K.V.	45,9	15,3	6,0	12,1
K.V. Rheinpreußen	40,0	24,0	8,6	6,1
Neupreussischer K.V.	57,6	33,8	10,2	7,9
Saalkreiser K.V.	56,6	27,0	8,7	7,8
Saalkreiser K.V.	52,0	23,4	8,7	7,8
Brandenburger K.V.	58,0	27,0	8,7	7,8
Mausfelder K.V.	53,1	23,8	8,7	7,8
Clausthaler K.V.	50,2	21,6	7,8	7,8
Ganz Preußen	44,7	21,6	7,8	7,8

Diese Zahlen zeigen, daß vornehmlich in den Steinkohlenrevieren Durchschnittsalter, Dienstzeit und Dauer des Pensionsbezuges auf sehr niedriger Stufe stehen. Wenn andere Bevölkerungskreise noch Gelegenheit haben bis in die höchsten Etatsämter einzurücken, dann hat Bruder Bergmann schon längst ins Grab geschifft. Wohin wir es im Bergbau gebracht haben, zeigt sich am besten, wenn wir noch einige vergleichende Zahlen früherer Jahre mit heranziehen. Es betrug das Durchschnittsalter beim Eintritt in die Ganzinvalidität:

Jahr	Durchschnittsalter	Jahr	Durchschnittsalter
1834/38	55,6	1861/65	53,5
1839/43	56,4	1891/95	49,1
1844/48	55,4	1896/1901	48,1
1849/52	55,0	1902/06	46,5

So berichtet der Bergbau die Bergmannskörper, und wie wir oben zeigten, ist es in den letzten Jahren immer schlimmer geworden. Gibt es da kein Mittel, um diese barbarische Vergeudung der Volkskraft aufzuhalten? Wohin soll das führen, wenn das so weiter geht? Junge Menschen steigen ins Grab, lassen unermöglichte Kinder zurück; in ihren Volkstagen sind die Kameraden bergfertig, werden allzu früh von der Seite ihrer Familien gerissen, nachdem sie sich nur eine kurze Zeit mit einer kärglichen Rente durchgehungen. Jährlangend aber werden die Forderungen der Bergarbeiter nach besserem Bergarbeiterchutz abgewiesen. Was die hereinbrechenden Steine und Stößen, was die Schlagwetter nicht vernichten, wird so langsam zu Tode zerrieben. Das ist das Schicksal der Bergarbeiter, das zum Himmel schreit! Solche Zahlen müssen jeden Menschenfreund empören, sollten die Gesetzgeber zur eifrigsten Tätigkeit für einen besseren Bergarbeiterchutz ansporieren. Wer hier zögert, legt eine Blutschuld auf sich. Aber auch die Kameraden in den Revieren müssen einsehen, daß auch sie ihrerseits alles daran setzen müssen, damit es besser wird im Bergbau. Die Kameraden selbst sind doch die Opfer, sie sind es, die den Schutz in ihrem Interesse, im Interesse ihrer Familien bedürfen. Durch die Waffe der Organisation müssen sich die Bergarbeiter zu erzwingen suchen, was ihnen eine kalte und menschenfeindliche Welt vorenthält.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Preissteigerung der Lebensmittel.

Zu bedrohlicher Weise schnellen die Preise für Lebensmittel immer höher hinauf. Es notierten z. B. an der Berliner Börse:

	Steigerung gegen 1900/01		Steigerung gegen 1900/01	
	Weizen	Prozent	Roggen	Prozent
Jahresdurchschnitt	1900/01	159,19	130,61	—
	1903/04	164,40	129,65	—
	1905/06	179,09	152,19	24,2
September 1907	230,—	44,5	205,—	56,1
11. November 1907	231,—	45,0	212,50	62,7

Die von America ausgehende Finanzkrise, dazu günstigere Ernteberichte haben in den letzten Tagen die Getreidepreise etwas aufgehoben. Tageszeitung weist die Tendenz der Wehl bis zur Stunde scharf nach oben. Es kostete in Berlin im Großhandel ein Doppelzentner

	September 1906	11. Nov. 1907	Steigerung seit September 1906
	Mk.	Mk.	Prozent
Roggenmehl 0/1	20,49	26,58	44,4
Weizenmehl 00	23,75	30,25	34,7

Das sind ungeheuerliche Steigerungen, die den Haushaltsetat auf einen ganz anderen Boden stellen. Aber woher nehmen und nicht fehlen? Von einer Einkommenserhöhung kann jetzt keine Rede sein; im Gegenteil, die Löhne gehen zurück. Und es sind nicht nur die Preise für Wehl hinaufgegangen; mit Ausnahme von Fleisch sind fast alle anderen wichtigen Nahrungsmittel enorm teurer geworden. Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über Durchschnittspreise nach den Marktpreisen an 23 verschiedenen Orten kostete

	1906	1907	Steigerung in Prozent
Weizen 1000 Kilogramm	172,—	222,—	29
Roggen 1000 „	159,—	201,—	26,4
Getreide 1000 „	156,—	172,—	10,2
Erdbeeren 1000 „	243,—	259,—	6,6
Erdäpfel 1000 „	52,40	58,90	12,4
Erdäpfel 1 „	2,52	2,57	2
Weizenmehl 1 „	0,32	0,37	15,6
Roggenmehl 1 „	0,27	0,32	17,2

Mit solcher Preisentwicklung geht es nun in den Winter hinein, und dazu müssen auch für Brennmaterialien immer höhere Preise bezahlt werden. Glänzende Gewinne streichen die Dividendenempfänger ein, der Arbeiter muß sich mit seiner Lebenshaltung Einschränkungen auflegen. Göttliche Weltordnung!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ein triviales Doppelspiel!

Wir haben in letzter Zeit öfters Gelegenheit genommen, unsere Kameraden auf die glänzende Lage der Bergwerksindustrie bis noch zu gegenwärtiger Zeit hinzuweisen. Die Berggewinne sind besonders stark auch in den letzten Quartalen des laufenden Jahres gestiegen; trotzdem lag hier und da schon die ersten Wirkungen der wirtschaftlichen Stillstands bemerkbar machen. Wir sagen das; in den Verhältnissen der Berg-

Werksgesellschaften lautet die Meinung ja anders. Hier wird trotz der Warnungssignale aus aller Welt die wirtschaftliche Lage in der Bergwerkindustrie als äußerst rosig gezeichnet, auch für die nächste Zukunft. Wie weit man die „nächste Zukunft“ für sich festlegt, wird nicht gesagt. Zunächst wird aber noch rot in rosa gemalt. Die Aktionäre, die den Eingang der Leiter der Grubengesellschaften vernachlässigen, kehren bedrückt und wohlverdient aus den Quartalsversammlungen nach Hause. Aber nicht nur hier wird die Schindelfabrik geübt; auch die großen Syndikate lassen nichts entgehen, um immer wieder auf die gegenwärtige glänzende Situation in der Montanindustrie hinzuweisen. Und da geben ihnen die meisten Werksabteilungen in dem letzten Geschäftsquartale recht. Glänzende Resultate werden erzielt und dieselben Werksorgane, die im Laufe der letzten Wochen nicht genug tun konnten, eine Warnung nach der anderen an die Grubenbesitzer ergehen zu lassen, werden sich jetzt selbst mit im Sonnenlicht der fetten Blutbende. Sie blenden sich selbst und auch die Öffentlichkeit. So weist die „Deutsche Bergwerkszeitung“ mit hoher Verehrung auf die Betriebsüberschüsse der Ruhrzechen im 2. Quartal 1907 hin. Einmal so, dann wieder anders. Arme Werkspräfekt! Also die Lage des Ruhrbergbaus ist eine glänzende und sie wird es auch für die Zukunft sein. Wie verteidigt sich dieses Sprichlein aber mit den Erklärungen, die bekannte Werksleiter bzw. Werksvertreter bei Beratung des Knappschaftsstatuts für die breite Öffentlichkeit verschiedenen Orts abgeben? Wurden nicht die Aufträge der Verleiher abgelehnt, weil nach Meinung der Werksleiter sich ein Umschwung in der Konjunktur vollziehen? Kam man nicht her und stellte die Leistungsfähigkeit der Ruhrgruben in Frage, wenn auch nur wenige Hunderttausend Mark für die Bewilligung höherer Invalidenrenten ausgegeben müßten? Und kommt nicht die Werksleitungen her und begründen die heute vorgenommenen Gehirngestaltungen mit dem Ablauf der Konjunktur? Oder vertritt man sich nur hinter solchen Anschein, wenn es sich um Abziehung von selbst wählenden Arbeiterforderungen handelt? Was soll also dieses Doppelspiel, was die trügerischen Manipulationen? Entweder nach der einen oder nach der anderen Seite schubladeln die Herren. Doch, was sagen wir? Sie laden den Neid auf die Karte, mit dem sie am liebsten fahren wollen. Mit es die bisher geliebte Preispolitik, überhaupt die Syndikatspolitik zu kippen, muß man die Werkslage in den schönsten Farben; verlangen die Arbeiter hingegen eine höhere Entschädigung für ihre dargebrachte Gesundheit, dann bewölkt sich der wirtschaftliche Himmel in den Augen der Werksleiter möglichst schwarz. Und da sollen wir noch Vertrauen zu diesen Leuten haben, sollen ihren Argumenten gegen die Bewilligung von Arbeiterforderungen noch Glauben schenken? Ein solches Doppelspiel ist denn doch zu plump, als daß ein vernünftiger Mensch darauf hineinfallen könnte!

Der Bergbau in Braunschweig im Jahre 1906.

Im Herzogtum Braunschweig werden vornehmlich Braunkohlen und Kalksteine gewonnen, der Erzbergbau ist unbedeutend, wie auch die anderen Grubenbetriebe (Mphalgesteinsgruben). Die Zahl der Betriebe betrug 1906 insgesamt 20, die Gesamtbelegschaft 2730 Köpfe, das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 350 Köpfen. Auf den Salzbergwerken ist ein Rückgang der Belegschaft von 1242 auf 1100 Köpfe eingetreten, weil eine Schachtlanlage zum Gesaufen und Erblegen kam. Im Braunkohlenbergbau hingegen liegt die Belegschaftsziffer von 1906 auf 2218, beim Erzbergbau von 240 auf 304 und bei den Mphalgesteinsgruben von 90 auf 118 Köpfe. Wie sich vornehmlich die Gewinnleistung des Braunkohlenbergbaus in Braunschweig stellte, zeigt sich in der bedeutenden Vermehrung der Produktion in den letzten Jahrzehnten. So betrug:

Jahr	Förderung in 1000 To.	Wert (1000 Mk.)	Durchschnittswert auf eine To. Mk.
1855	380	1 104	2,90
1860	563	1 753	3,11
1865	809	2 678	3,31
1870	1300	4 310	3,31
1875	1725	6 360	3,69
1906	1021	7 326	7,17

Nur ein Drittel der Gesamtbelegschaft ist unter Tage bzw. als eigentliche Bergleute beschäftigt; 2/3 sind entfällt auf pro Kopf der Gesamtbelegschaft eine jährliche Förderung von rund 267 To. im Werte von rund 300 Mk.

Der Braunschweiger Bergmann gräbt Gold in Spanien, aber nicht für sich! Er selbst erhält im Durchschnitt nicht einmal 100 Mk. im Monat. Dafür schuftet er zehn und mehr Stunden pro Tag. Recht ausgedehnt ist die Herstellung von Zirkons und Laubpreksteinen. Im Jahre 1906 wurden allein 20871 To. dieser Produkte hergestellt, was für die Werksleiter neue Gewinne mit sich brachte. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden gefördert 1399460 To. Kohlen und 205384 To. Zirkons und Laubpreksteinen hergestellt.

Im Frühjahr 1906 brach auf einer Reihe von Braunkohlenwerken der Streik aus. Die Forderungen waren ähnlich denjenigen, wie sie von den Braunkohlenbergbauern im Reich-Weichenfelder Revier gestellt waren. Erzielt wurden, wie auch der Bericht der Herzoglichen Revierbeamten zeigt 20 und 30 Pfg. Lohnzulage pro Schicht. Am 10. April legte ein Teil der Belegschaft der Grube Emma gleichfalls die Arbeit nieder, indem sie Erhöhung der Löhne, wie Erhöhung der den Arbeitern unentgeltlich zelierten Menge von Hausbrandkohlen von 45 hl auf 60 hl jährlich verlangten. Letzterer Forderung wurde stattgegeben, wie auch die Löhne um durchschnittlich 30 Pfg. erhöht wurden. So ganz unsonst waren also die Streiks nicht und die Kritiker im christlichen Gewerkschaftslager, die sich f. B. fanden und den Streik hämisch beurteilten, müssen jetzt wohl ebit einsehen, daß sie mit ihrer Kritik weit übers Ziel schossen.

Unfälle gelangten im Gesamtbergbau 247 gegen 188 im Vorjahr zur Anzeige. Die Schuld für diese Vermehrung sieht der Bergwerksverwalter in der Anlegung bergfreier Arbeiter, in dem Zusammenreffen unglücklicher Umstände wie in dem leichtsinnigen Vorgehen der Arbeiter. (1)

Die Anzahl der Krankheitsstage schwankte auf den verschiedenen Bergwerken zwischen 1 und 46 auf 1000 Arbeitstage und beträgt im Durchschnitt wie im Vorjahre 24. Gut wäre es gewesen, wenn die Bekunde des in die Augen springenden Unterschiedes der Krankheitsfälle auf den verschiedenen Werken bekannt würden. Mit einer einfachen Feststellung ist recht wenig getan. Zeit steht doch, daß auf einigen Werken ganz miserabile Verhältnisse vorhanden sein müssen, die nicht nur eine schädliche Kritik verdienen, sondern die auch einer sofortigen Wbtilfe bedürfen.

An die 8730 Arbeiter des Herzogtums sind insgesamt 4181839 Mk. als Verdienter Lohn ausbezahlt worden. Bei Annahme von 310 Schichten berechnet sich der Jahresverdienst eines Arbeiters im Durchschnitt auf 118,43 Mk. jährlich. Der Lohn liegt von 3,47 Mk. im Jahre 1905 auf 3,61 Mk. im Jahre 1906. Gleichwohl, so besagt der Jahresbericht des Bergverwalter, wurde von den Arbeitern viel, auch darüber geklagt, daß bei den teuren Lebensmitteln, insbesondere den hohen Fleischpreisen, für viele Familien die Höhe zum Lebensunterhalt nicht ausreichte. Diese hohen Preise waren der hauptsächlich Grund für die erwähnten Arbeiteranstände. Diesen Worten und Folgerungen sehen wir uns voll und ganz an. Auch ist festzuhalten, daß die geringe Lohnsteigerung auf die Streiks zurückzuführen ist. Sie ist ein Erfolg des Bergarbeiterverbandes mit, der diese Bewegung führte. Leider können wir von gewissen Elementen nicht sagen, daß sie sich damals der Bewegung nützlichigten. Kameraden von Braunschweig, laßt es besser machen, indem ihr den Verband der Bergarbeiter Deutschlands zu stärken sucht.

Kohlennot in den Vereinigten Staaten.

So unerhört und unglücklich es klingen mag: man leidet wieder an einer wirklichen und wahrhaften Kohlennot. Als Hauptursache derselben nennt eine Zeitschrift an die „Germania“ den wachsenden Arbeitermangel: Tausende besonders der fremdländischen Werkleute, die rüber in den Bergwerken ihre Haut zu Markte reizen, ziehen es jetzt vor, an Bahnhäusern oder auf Farmen zu arbeiten, wo sie mit offenen Armen aufgenommen werden. Trotz der Erhöhung der Löhne — in einigen Gruben werden bereits monatlich 160—170 Dollars gezahlt — eht es sehr an genügender Nachwuchs für die in Masse auscheidenden Miners. Und das ist vor allem eine Folge der überaus häufigen Unglücksfälle, die in den Bergwerken passieren. Wenn in Pennsylvania etwa 3. B. 1905 die Zahl der Opfer nicht als 1000, darunter über 100 Tote. So sagt die Statistik der staatlichen Grubenaufsichtsbeamten:

Aber diese amtliche Statistik ist unvollständig; die Zahl der Verunglückten ist weit höher; denn manche der so zahlreichen landfremden Arbeiter haben keine Angehörigen hier, und wenn sie bei der ungewohnten Arbeit vom Tode ereilt werden, weiß man oft genug weder Namen noch Herkunft. Sie werden begraben und vergessen.

Ihr Verhütung der Unglücksfälle aber geschieht sozulagen nichts; eine von Roosevelt ernannte Kommission stellte fest, daß es in den Gruben an den allerperilvollsten Vorkehrungen zum Schutze der Miners fehlt. In wachst fortwährend, beinahe apoplektischer Weise aber geht der Bericht des erwähnten pennsylvanischen Aufsichtsbeamten darüber hinweg; die erschreckend häufigen Unglücksfälle tut er mit dem kurzen Satz ab: „Zwei Drittel derselben sind auf die Sorglosigkeit der Arbeiter zurückzuführen, das letzte Drittel aber ist in die Kategorie der unermittlichen Unfälle zu stellen.“ Damit ist die Angelegenheit für ihn erledigt. Doch nein, er verübt noch einen famosen Vorschlag: Um die Hinterbliebenen der Opfer vor der größten Not zu schützen, möge man — nicht etwa die fabriklässigen Unternehmer gesetzlich zur Unterstützung oder Versorgung verpflichten — sondern das Alter, in welchem die Kinder zur Grubenarbeit verwendet werden dürfen, von 16 auf 14 Jahre herabsenken! „Die Empfehlung“, sagt dazu mit Recht ein amerikanisches sozialer Bankrotts, eine Brutalität, die ohne Beispiel dasteht!“

Die vielen Unglücksfälle sind es aber nicht allein, die die Arbeiter aus den Kohlengruben fortreiben. Es kommt hinzu, daß die brutale Behandlung, die auch sonst die Grubenkapitalisten den Arbeitern angedeihen lassen, die geschäftliche Unterwerfung ihres Koalitionsrechts, das Dingen von Wbberbanden, um die Arbeiter „zur Räson zu bringen“. Da ist es keinem Arbeiter zu verargen, wenn er diesen Höllen zu entfliehen sucht.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Vergleichende Zahlen aus den Jahresberichten der verschiedenen Organisationsrichtungen.

Die „Zentralarbeiter-Zeitung“ bringt unter obiger Rubrik auch in diesem Jahre recht interessante vergleichende Zahlen über die Stärke der Gewerkschaften Deutschlands. Es heißt da:

„Vor etlicher Zeit schrieb die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ etwa folgendes: „Aus der Tatsache, daß in den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen das „christliche“ Recht auf Seiten der Arbeiter sei, resultiere noch lange nicht, daß schon deshalb die Arbeiter auch ihre Bestrebungen verwirklichen würden. Dazu müßten dieselben sich erst Macht erwerben; denn im wirtschaftlichen Leben entscheide nicht das Recht, sondern die Macht. Auf Rechte pochen, ohne daß man zugleich auf Mittel fündet, sie in abschauer Zeit zur Durchführung zu bringen, hat keinen Zweck. Diese Mittel liegen heute in der Ansammlung von Macht, in der Organisation. Recht ohne Macht ist heute Dummheit.“

So die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die hiernit sachlich vollkommen im Recht ist, die aber, wenn sie die Konsequenzen ziehen dürfte, die Arbeiter rückhaltlos auf die freien Gewerkschaften verweisen müßte, denn bei diesen findet sich jene Ansammlung von Macht, mit deren Hilfe nach ihrer eigenen Meinung im wirtschaftlichen Kampf nur allein „Rechts“ fragen gelöst werden.

(Einige sprechende Zahlen sollen dies erhärten; sie vermögen unseren Genossen in der Agitation gute Dienste zu leisten.

1. Mitgliederstärke.

Am Schluß des Jahres 1906 waren organisiert:

in freien Gewerkschaften	1790298 Mitglieder
in christl. „	260040 „
in F.-D. „	118508 „

Die freien Gewerkschaften zählten also siebenmal soviel Mitglieder wie die christlichen, und fünfzehnmal soviel wie die F.-D.-Gewerkschaften.

2. Mitgliederzunahme.

Sie betrug:

bei den freien Gewerkschaften	360900 Mitglieder
„ „ „ christl. „	50010 „
„ „ „ F.-D. „	1401 „

Bei den Freien war demnach die Mitgliederzunahme mehr als sechsmal so hoch wie bei den Christen, und mehr als zweihundertfünfundmal so hoch wie bei den F.-D.

3. Einnahmen.

Dieselben betragen:

bei den freien Gewerkschaften	41602939 Mark
„ „ „ christl. „	3378833 „
„ „ „ F.-D. „	1404074 „

Es vereinnahmten demnach die freien Gewerkschaften zwölfmal mehr wie die Christlichen und annähernd dreißigmal soviel wie die F.-D.-Gewerkschaften.

4. Rassenbestände.

Dieselben betragen:

bei den freien Organisationen	25312634 Mark
„ „ „ christl. „	2370782 „
„ „ „ F.-D. „	1318413 „

Die Rassenbestände der freien Gewerkschaften sind demnach mehr als zehnmal höher wie bei den christlichen und neunzehnmal so hoch wie bei den F.-D.-Gewerkschaften.

5. Gesamtausgaben.

Es verausgabten:

die freien Gewerkschaften	36968413 Mark
„ „ „ christl. „	2709269 „
„ „ „ F.-D. „	1344277 „

Das macht bei den Freien 13mal soviel wie bei den Christlichen und 27mal soviel wie bei den F.-D.-Gewerkschaften.

6. Ausgaben für Aussperrung, Streiks und Maßregelung, also für direkte Kampfeszwede.

Bei den freien Verbänden

14543821 Mark	
„ „ „ christl. „	853435 „
„ „ „ F.-D. „	442292 „

Hierbei übertragen wiederum die freien Verbände nicht nur riesig in der Gesamtsumme, sondern auch, wenn man diese Ausgaben auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes berechnet.

Danach kamen:

Bei den Freien	8,61 Mark
„ „ „ Christlichen	3,45 „
„ „ „ F.-D.-Gewerkschaften	3,73 „

Nun könnte man vielleicht annehmen, daß die Unterstüßungen für Kampfeszwede bei den Christlichen und F.-D.-Gewerkschaften geringere sind, weil diese Organisationen keinen so ausgeprägten Kampfescharakter tragen, daß dafür aber die Unterstüßung ihrer tranken und in Not geratenen Mitglieder eine um so ausgebreiteter ist. Doch die Statistik macht auch diesen Einwand zunichte, sie zeigt vielmehr, daß sie auch auf diesem Gebiete beim Vergleich mit den freien Gewerkschaften über jammervolle Leistungen nicht hinausgekommen sind.

7. Arbeitslosenunterstützung.

Es zahlten z. B. für Arbeitslosenunterstützung:

die freien Gewerkschaften	2563296 Mark
„ „ „ christl. „	34344 „
„ „ „ F.-D. „	186048 „

Dabei kommen auf den Kopf jedes einzelnen Mitgliedes bei den Freien 2,22 Mk., bei den Christen 1,17 Mk. und bei den F.-D. 25 Pfennige.

8.

Nehmen wir nun alle anderen Unterstüßungen zusammen, als Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung, Kranken- und Invalidenunterstützung, Beihilfe in Not- und Sterbefällen, so wurden für diese Zwede gezahlt:

bei den freien Gewerkschaften	5914765 Mark
„ „ „ christl. „	476206 „
„ „ „ F.-D. „	88464 „

Das ergibt pro Kopf bei den Freien 3,29 Mark, bei den Christen 0,73 Mark, trotz ihrer ähnlichen wünschigen Ausgabe für Kampfeszwede, und bei den F.-D. ebenfalls nur 1,83 Mk.

*) Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zusammen.

9. Durchschnittlicher Jahresbeitrag.

Dividiert man die Mitgliederbeiträge der verschiedenen Organisationsrichtungen mit ihren Einnahmen, so entfällt an durchschnittlichem Jahresbeitrag auf jedes einzelne Mitglied

bei den freien Gewerkschaften	23,12 Mark
„ „ „ christl. „	13,— „
„ „ „ F.-D. „	11,84 „

Damit bricht auch die prahlerische Behauptung von der gleich hohen Opferwilligkeit der Christlichen und der F.-D.-Gewerkschaften zusammen. Man mag überhaupt in den Jahresberichten Vergleiche ziehen, nach welcher Seite man immer will, sie zeigen alle, daß die F.-D.-Gewerkschaften und die Christlichen den Wettlauf mit den freien Gewerkschaften nicht aufnehmen können. Seit 1900 nahmen z. B. die freien Gewerkschaften um 1000000 Mitglieder zu, die F.-D.-Gewerkschaften um 27000 und die Christlichen um 160000. Das alles, trotzdem die Ausgaben für Agitation sich bei den Christen auf 1,08 Mk. pro Kopf ihrer Mitglieder beliefen, gegenüber 1,08 Mk. bei den freien Gewerkschaften, trotzdem bei ihnen, genau so wie bei den freien, auf 10000 Mitglieder 8 Angestellte kommen, dazu aber noch die Gunst der Kirche und meistens auch der Behörden, womit ihnen die ausgebreitetste Möglichkeit zur Abhaltung von Versammlungen, überhaupt zur Entfaltung jeder Art Agitation gegeben ist.

Wesentliche Unterschiede in den Stärkeverhältnissen ergeben sich, wenn man nicht die ganzen Gruppen, sondern die einzelnen Organisationen für sich ins Auge faßt. Der Deutsche Metallarbeiterverband z. B. zählt mehr Mitglieder, als sämtliche christliche Gewerkschaften zusammengekommen. Weibliche Mitglieder befinden sich in freien Gewerkschaften 119000, in christlichen Gewerkschaften 21600. Die Zahl der weiblichen Mitglieder im Deutschen Textilarbeiterverband ist höher als die Mitgliederzahl im christlichen Textilarbeiterverband insgesamt, ganz zu schweigen vom F.-D.-Gewerkschaften (Textil-) Gewerkschaft, der in ganz Deutschland verstreut nur etwa 6000 Mitglieder zählt und dessen ganze Jahreseinnahme kaum soviel beträgt, wie eine einzige Wocheneinnahme des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Diese Zahlen mögen genügen. Sie sind hinreichend, um manchem ruhmbegierigen Schlingling der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ gelegentlich den Mund zu stopfen und zwar unter Berufung auf die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ selbst, denn in ihnen summieren sich nichts weiter als die Konsequenz der Erkenntnis, daß im wirtschaftlichen Kampf die Arbeiter ihre Interessen immer zahlreicher denen anvertrauen, die neben dem Recht auch die meiste Macht besitzen — und das sind und bleiben die freien Gewerkschaften.

Wir ersuchen auch unsere Kameraden, sich dieses Zahlenmaterial auszuschneiden und aufzubewahren bezw. für die Agitation zu verwenden.

Internationale Rundschau.

Das Ende der englischen Eisenbahnerbewegung.

London, den 10. November 1907.

Als ich meinen letzten Brief schrieb, befanden sich die Eisenbahner, etwa 100000 an der Zahl, in einer großen Bewegung, die sich die Anerkennung des Verbandes seitens der Eisenbahngesellschaften zum Ziele gesteckt hatte. Ich will Ihnen nun etwas Näheres über den Ursprung und Verlauf dieser Bewegung mitteilen, was Sie ja um so mehr interessieren muß, als die Geschichte der Montanindustrie aufs engste mit denen des Beförderungswesens verknüpft sind — eine Arbeitseinstellung der Eisenbahner würde, wie leicht ersichtlich ist, zu einer gewaltigen erzwingenden Arbeitseinstellung in den Kohlengruben führen.

Wie Ihnen aus den Berichten der Tageszeitungen bekannt sein wird, ist die drohende Streikwelle vorübergezogen. Dem Präsidenten des Handelsministeriums ist es gelungen, einen Vergleich zwischen den Arbeitgeberern und Arbeitnehmern herbeizuführen. In diesem Vergleich wird der Organisation der Eisenbahner, wenn auch nicht eine direkte, so doch eine indirekte Anerkennung zugesprochen. Ein großer Sieg ist das für die Organisation freilich nicht; aber wenn man bedenkt, daß sich in diesem Lande die Dinge viel ungemühter entwickeln wie in den Mitteleuropäischen Mittelstaaten, so muß man ihn doch als eine Grundlage, auf der man weiter bauen kann, anerkennen. Ich gab schon in meinem letzten Briefe der Meinung Ausdruck, daß es die Gewerkschaften aus manchen finanziellen und politischen Gründen nicht zum Streik kommen lassen würden. Auf der anderen Seite muß man festsetzen, daß die Dinge auch nicht sehr rosig ausfallen; denn im Streitfalle hätten die großen Verbände der Bergarbeiter, Maschinenbauer usw. vollauf zu tun gehabt, ihre arbeitslos gemachten Mitglieder zu unterstützen. Auch sollte den Eisenbahnern die tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaft der Lokomotivführer, deren Sekretär durch das eigenmächtige Vorgehen des Verbandesekretärs Bell sich vor den Kopf gestoßen fühlte und deren Mitglieder anscheinend seine große Lust verspürten, die Sache der schlecht bezahlten Eisenbahner zu der ihrigen zu machen. Die große Spannung und die Beforgnis, die im Publikum herrschte, daß nun schließlich der Staat veranlaßt, einzuschreiten. Vor etwa 14 Tagen beschied der Präsident des Handelsministeriums die Häupter der verschiedenen Eisenbahngesellschaften zu sich, um eine Basis zu finden, auf welcher sich diese Herren zu Verhandlungen herbeilassen würden. Schon war es bekannt, daß sich die große Mehrheit der Verbandsmitglieder für einen Streik ausgesprochen hatte, da jedoch der Präsident auch das Komitee der Eisenbahnergewerkschaft und den Sekretär der Lokomotivführer zu sich, und vermittelte zwischen den Arbeitgeberern und Arbeitnehmern ein Uebereinkommen, dessen Inhalt in großen Zügen etwa folgendes ist.

An die Stelle der früheren Deputationen der Eisenbahnarbeiter, denen früher die Erlaubnis erteilt wurde, vor dem Komitee der Direktoren zu erscheinen und die Beschwerden der Arbeiterkategorie, zu der die Mitglieder der Deputation gehörten, vorzubringen, treten von jetzt ab Einigungsämter für die verschiedenen Arbeiterkategorien. In jedem Distrikt einer Eisenbahn (es sollen deren von jeder Gesellschaft etwa vier bis sechs geschaffen werden) werden für die verschiedenen zueinander gehörigen Arbeitergruppen Einigungsämter geschaffen, deren Mitglieder zur Hälfte aus den Vertretern der Arbeitgeber und zur anderen Hälfte aus den gewählten Vertretern der der betreffenden Kategorie angehörigen Arbeiter bestehen. Die Befugnis dieser Ämter erstreckt sich nur auf die Schlichtung der Differenzen über Arbeitslohn und Arbeitszeit. Kann ein solches Einigungsamt zu keinem Resultat gelangen, so wird die Streitigkeit an einen Zentral-Einigungsausschuß verwiesen, der sich aus den Vertretern der Sektionsausschüsse zusammensetzt. Kommt auch dieser zu keinem Ergebnis, so geht die Angelegenheit vor einen von den Arbeitgebern in Uebereinstimmung mit den Arbeitnehmern ernannten Schiedsrichter; falls ein solcher nicht einstimmig gewählt werden kann, so ernennt der Vorliegende des Unterhauses oder ein anderer hoher Staatsbeamter, der „Master of the Rolls“ einen Schiedsrichter. Eine sechsmonatliche Kündigungsfrist ist mit diesem Vertrage verbunden; die Kündigung kann aber erst nach sechs Jahren erfolgen.

Die Einrichtung der dritten Instanz, d. h. der Schiedsrichter, ist so ziemlich das einzige, was die Gewerkschaft der Eisenbahner von ihrem Programm der Anerkennung ins Tzodene gebracht haben. Erst in dieser Instanz können sich die Arbeiter von Personen, die nicht von der Gesellschaft beschäftigt werden, von geschulten Gewerkschaftsbeamten vertreten lassen. Es muß hier noch erwähnt werden, daß der Entscheid des Schiedsrichters für beide Teile bindend ist. Über ich glaube nicht, daß die Organisation der Arbeiter bei diesem Vertrage schlecht davon kommen wird; jedenfalls ist vorauszusetzen, daß die Mehrzahl der Arbeitermitglieder der Einigungsausschüsse aus ihren Reihen kommen wird, und daß sie den Rückhalt für die Menge der Bemessungen bilden wird, die durch das Arbeiten dieses Vertrages ganz natürlich geschaffen werden. Uebrigens hat die Organisation in der letzten Zeit gewaltige Fortschritte gemacht, was nicht zum geringsten der eifrigen Agitation der letzten Wochen zuzuschreiben ist.

Der Ursprung der Anerkennungsbewegung ist in der im letzten Jahre eingeführten allgemeinen Lohn- und Arbeitszeitbewegung zu suchen. Die elenden Löhne und die manchmal entsetzlich lange Arbeitszeit veranlaßten die Arbeiter, einen gemeinsamen, alle Eisenbahnarbeiter umfassenden Vorstoß zu versuchen. Sie stellten das „Allgemeine Programm“ auf, welches unter anderen folgende Punkte enthält:

- achtstündige Arbeitszeit für alle Lokomotivführer, Heizer, Zugführer (Güter- und Personenzugführer), Rangierer und Signalgeber, sowie für die Motorführer, Kondukteure und Fortseher der elektrischen Bahnen. Einen zehnstündigen Maximalarbeitstag für alle anderen Eisenbahnarbeiter außer den Schienenlegern.
- Neunstündige Ruhe zwischen den Arbeitszeiten.
- 25 Prozent für Überstunden.
- Eine sofortige Zulage von zwei Schillingen pro Woche für alle Arbeiter, die eine achtstündige Arbeitszeit nicht erhalten. Alle Löhne in London müssen 8 Schillinge mehr betragen, als die in den Provinzen bezahlten Löhne. Das System, nach welchem auf elektrischen Bahnen jedem Motor nur ein Mann zugewiesen wird, muß abgeschafft werden.

Dieser Kontrakt, und so sehen sie fast auf jedem Werke aus, zeigt recht deutlich wie die „Arbeiterfreundlichkeit“ und „Arbeiterliebe“ der Grubenbesitzer gegen die Arbeiter aussehen. Der Kontrakt verstößt vollständig gegen die guten Sitten. Befähigen die Unternehmer nur einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl könnte kein derartiger Kontrakt zustande kommen. Der Mietzins wird sofort den Arbeitern von dem verdienten Lohn abgezogen. Der Mieter ist verpflichtet, wenn der Unternehmer es beschließt, Kostgänger zu halten. Für den Schaden, den die Kostgänger verursachen, muß der Mieter auch noch aufkommen. Wenn der Mieter freiwillig oder unwillig die Arbeit verläßt, muß er innerhalb acht Tagen die Wohnung räumen und obenbrein noch für den Monat die Miete zahlen. Der Mieter ist verpflichtet zu jeder Zeit die Wohnung von einem Kontrolleur besichtigen zu lassen. Wenn ein Kontrolleur in den Kopf kommt, dann läßt er die Kontrolle auch bei Nachtstunden aus, wenn der Mann zur Schicht gegangen ist. Was da kontrolliert wird, kann wohl jeder erraten. Der ganze Kontrakt enthält nur Pflichten für den Mieter, von Rechten findet man auch nicht die geringste Spur. Was braucht auch ein armer Kumpel für Rechte in der Wohnung zu haben! Er muß ja froh sein, daß er unter Dach und Fach ist und den Grubenbesitzern nach deren Ansicht dafür dankbar sein. So steht die „niegeliebte“ Arbeiterfreundlichkeit, wie der Kontrakt zeigt, in Wirklichkeit aus. Gegen eine derartige aufdringliche Wohlthätigkeit kann der Bergarbeiter sich nur durch eine gute Organisation schützen, darum hinein in den Verband.

Hannover, Braunschweig, Ossen-Lippe.

Zeche Gertha zu Breitenbeck am Deister. Bei Abbruch des Streiks hat die Zechenverwaltung ihr Wort gegeben, daß sämtliche Arbeiter ohne Ausnahme wieder eingestellt werden sollten. Wer aber glaubt die Verwaltung würde ihr gegebenes Versprechen jetzt einlösen, befindet sich auf dem Holzwege. Noch immer sind beinahe ein Dutzend Kameraden nicht eingestellt, weil angeblich noch kein Platz für sie frei ist. Man will ihnen, wenn ein Platz frei ist, Nachsicht geben, aber trotzdem schon mehr als drei Wochen ins Land gegangen sind, warten die betreffenden noch immer vergebens auf diese Nachsicht. Jetzt steht aber, daß noch genügend Plätze offen sind, daß man die Kameraden nur nicht einstellen will, dafür aber fortgesetzt Leute von auswärts heranzieht und einstellt. Als bei Ausbruch des Streiks 30 überschüssige Arbeiter eingestellt wurden, erklärte der Direktor Bod, um dieses Vorgehen zu rechtfertigen, die Belegschaft solle auf 800 Mann erhöht werden, gegenwärtig aber sind nur etwa 1500 Mann beschäftigt. Die Verwaltung soll sich doch helfen, derzeit mit dem Feuer zu spielen, das wird man doch wohl einsehen, dauernd können sich die Arbeiter derartige Herausforderungen nicht gefallen lassen. Die Arbeiter können sich aber am besten vor der Willkür der Grubenverwaltung schützen, wenn sie Solidarität in jeder Beziehung üben und sich, soweit es noch nicht geschehen, dem Bergarbeiterverband anschließen, damit sie, wenn der Kampf einmal wieder unausbleiblich geworden ist, besser wie diesmal gerüstet sind. Die Unternehmer sollen vor allen Dingen ihren Machtbündel nicht allzusehr hervorstechen, sondern sich in ihrem eigenen Interesse etwas mehr weise Mäßigkeit auferlegen. Daß die Arbeiter sich heute schon solidarisch fühlen, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie den von auswärts herangeflochtenen fremden Arbeitern kein Logis geben. Wie halten diese Maßnahmen im Interesse der Arbeiter für durchaus richtig, solange noch ein einzelner Arbeiter ausgepöbelt ist; solange es Arbeitsträfte genug am Orte gibt, ist es ein freies Spiel mit dem Gesamtinteresse, auswärtige Arbeiter heranzuziehen. Das Bubenwaller zeigt auch eine sehr ungleiche Temperatur, von Stille bis zur Eisestärke. Dem Uebelstand könnte doch sehr leicht abgeholfen werden.

Grube Viktoria bei Hüttenleben. Die Ausbeutungswut geldgieriger Kapitalisten übersteigt hier beinahe alles dagewesene. Die Freigebuld, welche die arbeitenden Kameraden an den Tag legen, kann, wenn es so weiter geht, die traurigsten Erfolge zeitigen. Ob die Belegschaft das mitgedachte Brot hinunterwürgen kann oder nicht, ist den Profitgebern vollständig gleichgültig. Es heißt einfach: Wenn die Waggonen kommen, wird angefahren, selbst wenn die Mittagspause der Belegschaft noch keine zehn Minuten gedauert hat. Hier wird es wohl noch so weiter kommen, daß, wenn die Kameraden einen zufriedenen Herrn sehen wollen, sie sich erst das zeitverschwendende Essen abgeben müssen. Man hat dieses ja schon zumest abgedacht, aber immerhin sind die zehn Minuten, die der Belegschaft zum Hinunterwürgen ihres Brotes noch gewährt werden, als verloren zu betrachten. Und das was sonst als nichtig verniedert werden. Selbst diese paar Minuten Ruhepause wird sehr unregelmäßig zu unbestimmter Zeit eingehalten. b. h. nur dann, wenn der Betrieb es gestattet. Wenn man sich einen Begriff von der Wühlerei machen will, muß man bedenken, daß pro Tag 1,5-2 Schichten und sogar von einigen Werkstatteuren 2,8 Schichten gearbeitet werden. An den Kettenbahnen ist es oft sehr lebensgefährlich. Falls dort einmal ein Mann in das Getriebe kommt, wie es schon passiert ist, kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß er zermalmt wird, weil die Mannschaften, welche die Maschinen bedienen, andere Arbeiten verrichten müssen, die weit von Maschinenräume abliegen, so daß falls das Signal - halt - geschlagen wird, der Maschinist circa 50 Meter zwischen Wagen usw. nach der Maschine laufen muß. Was in der Zeit, bis die Maschine still gesetzt werden kann, geschehen muß, wenn ein Arbeiter in das Getriebe kommt, ist leicht auszubedenken. Genau dasselbe passierte sehr oft auf dem Marienschacht. Hier ist der Maschinist, der die Kettenmaschine bedient, zugleich Fördermaschinenist. Wenn er beim Ausholen ist, wird bei einem event. Haltessignal erst dann die Kette angehalten, wenn der Korb die Hängebank erreicht hat. Daraus erklärt sich auch, daß manchmal dreimal das Haltessignal gegeben werden muß, ehe die Maschine zum Stillstand gebracht werden kann. Aborte in den Tagebauen gibt es nicht, die Kameraden müssen dort die Bösung in Anspruch nehmen. Ebenfalls hält die Grubenverwaltung das Grubenwasser als Trinkwasser für gut genug. Trinkgefäße fehlen gänzlich, die Bergbesörbe hat hier Unregelmäßigkeiten, und die Belegschaft würde es zu schätzen wissen, wenn hier einmal energisch eingegriffen würde. Zugleich möchten wir dem Britenmeister Schuster antworten, sich einmal das Buch „Königliche Umgang mit Menschen“ anzuschaffen, vielleicht, daß dann seine Umgangssprache mit den Arbeitern etwas besser würde. Kraftvoller wie „Stier“, „faule Waunde“ usw. sind nicht geeignet, das „gute Einvernehmen“ zu stärken. Aber schließlich kann niemand aus seiner Haut heraus. Kameraden! wir besitzigen diese Zustände nur, wenn wir uns unserer beruflichen Organisation, dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Königin Luise bei Badze. Am 9. September wurde der Arbeiterausschuß ins Bejehnhauß Krugschacht zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung stand folgendes: 1. Einführung von Ueberschichten im Monat September und Dezember, 2. Anträge und Wünsche der Belegschaft und 3. Verwilligung von Unterstützungen aus der Unterstützungskasse für Vergleute und Invaliden. Den ersten Punkt begründete der Herr Bergwerksdirektor damit, daß durch das viele Feiern der Vergleute der Kohlenausschall nur durch Ueberschichten gedeckt werden könne. Auch sind es in den Monaten wenig Förderbeschichten und den Arbeitern wird viel von Kohne abgezogen, da sie den Winterbedarf, den sie von der Grube erhielten, wieder abzahlen müssen. Aus diesem Grunde ist es auch für Vergleute sehr notwendig, mehr zu verdienen. Die Vertreter der Vergleute erklärten aber, daß es unmöglich sei noch länger zu arbeiten. Die Arbeit sei sehr anstrengend für jeden einzelnen und durch den Sanbverfah noch sehr erschwert. Die Belegschaft verlangt achtschichtige Arbeitszeit und keine Ueberschichten. Es ist ja wahr und wir geben es zu, daß ein kleiner Teil der Belegschaften Ueberschichten verfahren möchte, der größte Teil aber, die schwere Arbeit haben, wollen keine Ueberschichten. Wir, als Vertreter der Bergarbeiter, können nicht für Ueberschichten kämpfen, denn damit würden wir nur beweisen, daß wir die Arbeiterfrage nicht verstanden können. Der Bergwerksdirektor erklärte darauf folgendes: Ich will keinen Ueberschichten zwingen, ich will aber versuchen und jeden Dienstag eine Ueberschicht einbringen. Weiter wurden einige Anträge von der vorletzten Sitzung, die erledigt wurden, vorgelesen. Einem Mitgliede des Arbeiterausschusses wurde vorgeworfen, daß er in der vorletzten Sitzung Beschwerde über Mithandlung eines Arbeiters durch den Oberhauer Ferdinand vorgebracht habe, welche nicht auf Wahrheit beruht. Der Betroffene hat zu Protokoll gegeben, daß Oberhauer Ferdinand ihn immer gut behandelt hat. Der Beschwerdeführer erklärte dazu, daß er die Mithandlung selbst gesehen habe und als Vertreter der Belegschaft es seine Pflicht ist darüber Beschwerde zu führen. **Der betr. Arbeiter hat nun deshalb die Wahrheit verweigert, weil er von der Zeit ab bessere Arbeit erhalten hat.** Weiter wurden Anträge der Belegschaft aus dem Revier des Oberbergamts Steuer durch die Vertreter eingebracht und besprochen. Diese Anträge lauten auf Erhöhung der Gehaltsgefäße für Gemein- und Verbesserung des Wohnes der Arbeiter beim

Sanbverfah. Der Bergwerksbesitzer verbrach, den Sachverhalt zu prüfen und wo es nötig ist, Abhilfe zu schaffen. Schließlich wurde dann über die Anträge auf Unterstützung abgemittelt. Kameraden! Nun sollen wieder Ueberschichten auf den Fallalligen Mustergängen verfahren werden, so wollen es die Herren. Die gute Zeit für die Kohlenbazone scheint wohl bald ein Ende zu nehmen, daher will auch der Hüttenmeister Augenblick noch zusammenkräften, was zu rasen ist. Der preussische Bergbau und die privaten Kohlenkarone verlieren die gute Zeit auszunutzen; sie sparen von dem Schmelze der Bergtappen viele Millionen. Dem Arbeiter aber sagen diese Herren, wenn er um eine kleine Lohnerhöhung einkommt: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not.“ Die Herren aber vergessen, dem Bergmann in der guten Zeit das Bedingte aufzubessern, sie raten ihm, er soll Ueberschichten verfahren und so für die schwere Zeit der Krise sparen. Die Herren brauchen tausende Mark zu ihrem Lebensbedürfnis, der Arbeiter aber soll bei 800 Mark Verdienst seine Familie ernähren und dabei sparen für schwere Zeiten. Kameraden! So lange wir in Ober Schlesien vereinigt dastehen, werden wir niemals bei den guten Zeiten der Hochkonjunktur ernten können. Wie müssen unsere Kräfte vereinigen und den uns zukommenden Teil von den Herren fordern. Sinein, Kameraden, in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, denn nur dadurch ist es möglich, unsere berechtigten Wünsche Anerkennung zu verschaffen.

Steinsohlenbergwerk Bialkowitz. Sonntag den 20. Oktober 1907 versammelten sich über 60 ältere Vergleute unter Zuzählung des Arbeiterausschusses zu einer Beratung über ihre schwere Lage. Die Versammelten hatten den Arbeiterausschuß beauftragt folgendes der Bergverwaltung zu unterbreiten: 1. Aufbesserung der Gehaltsgefäße und 2. Aufhebung des Bedingens nach der Beschaffenheit der Kohle, nach Vereinbarung mit den Vergleuten. Raum waren die Anträge der Bergverwaltung eingereicht, da hat auch schon die Bergverwaltung von diesem Vorgehen der Vergleute durch Spichelleder Wind bekommen. Der Vorgesat hatte auch schleunigst eine Sitzung des Arbeiterausschusses einberufen und sollte den Vertretern der Bergarbeiter mit, daß er gewungen sei, Ueberschichten (und zwar jeden Dienstag) verfahren zu lassen, weil die vielen Besetzungen nicht befriedigt werden können. Der Arbeiterausschuß sollte seine Einwilligung geben. Ein Mitglied des Beschlusses. Normal, stellte dem Vorgesat anheim, zuerst die Belegschaft zu fragen, ob sie damit einverstanden wäre. Dieser erhielt aber die Antwort, daß er zu solchen Vorgehen nicht berufen sei. Der Arbeiterausschuß erklärte unter dem Druck der Verhältnisse, daß sie als einzelne Personen nichts dagegen hätten, es handle sich darum, ob die Belegschaft damit einverstanden sei. Sofort wurde eine Bekanntmachung ausgehängt, daß am Dienstag die Aufsicht erst um 5 Uhr nachmittags beglänne, also fünfviertel Schicht gearbeitet würde. Die Vergleute geriet darüber in große Aufregung, viele haben mit der Arbeit wie gewöhnlich um 3 Uhr aufgehört und gingen zum Schacht. Auf der Fahrt aber hatten Besondere Aufstellung genommen, um die Vergleute zur Arbeit zurückzutreiben, was ihnen bei manchen auch gelang. Andere aber versuchten sie mit guten Worten zu überreden, weiter zu arbeiten. Etwa hundert Mann aber gingen zum Schacht, ohne auf die Drohungen und Witten der Beamten zu achten. Am Schacht aber mußten sie warten bis zur Aufsicht, welche nach dem Willen der Bergbeamten um 5 Uhr erstglte. Zwei volle Stunden also mußten sie müde und hungrig nach schwerer Schicht am Schachte verbrachten, ohne ausfahren zu können. So wird mit Vergleuten auf dieser fiktionalen Mustergänge verfahren. Die Arbeit ist auf dieser Zeche eine außerordentlich anstrengende, so daß der Hauer, wenn er etwas verdienen will, sieben bis acht Höher pro Schicht bohren muß. Dabei verlangt die Bergverwaltung von dem durch so schwere Arbeit ermüdeten Menschen noch Ueberschichten. Der Obersteiger wird von der Belegschaft als Quälgeist bezeichnet. Er ist auch daran schuld, daß hier unter den Vergleuten so große Unzufriedenheit herrscht. Das Bedingte wird von ihm, ohne die Vergleute zu fragen, nach seinem Willen festgelegt. Bei der kleinsten Gelegenheit bezeichnet er die Vergleute als Räuber, Schweine, Efel, Schachter und dergleichen mehr. Es ist daher kein Wunder, daß unter diesen Umständen ein großer Arbeitermangel herrscht. Viele, auch schon ältere Vergleute darunter, nehmen von dieser Mustergänge Abschied. Hätten die Bergarbeiter einen starken Verband, so wären solche Zustände einfach unmöglich. Es muß daher Pflicht aller sein, der Organisation beizutreten, um den Herren begreiflich zu machen, daß auch die Bergarbeiter Menschen sind.

Grube Preußen bei Miedowitz. Wie die Schlagfertigkeit eines überschüssigen Grubensamters vor Gericht beurteilt wird. Am 20. Oktober wurde der Steiger A. i. d. l. von hier wegen Mißhandlung eines Arbeiters zu 9 Mt. in Worten neun Mark Geldstrafe verurteilt, drei Tage Gefängnis verurteilt, während seine beiden Helfer, die ihn bei der Mißhandlung des Arbeiters unterstützten, freigesprochen wurden, weil das Gericht annahm, daß sie sich ihrer strafbaren Handlung nicht heruht waren. Der Angeklagte lag folgender Tatbestand zugrunde. Im Juli d. J. fand der Arbeiter G., als er zur Schicht kam, seine Kontrollmarke festgelegt und der Markentkontrollleur erklärte ihm, er müsse sich zuvor bei Steiger A. melden. Raum wurde dieser des Arbeiters nichtig, legte er auch schon los: „Bummel, Faulenzler, wie oft bist Du schon bestraft, wie oft hast Du schon im Gefängnis gestessen u. dgl. Als der Arbeiter sich das verbat und erklärte, es müßten doch solche Schachtschöpfe sein, die sich eine solche Behandlung gefallen lassen, sprang A. aus dem Bureau heraus, packte ihn an, um ihn ins Bureau hineinzuziehen. Natürlich widersetzte sich der Arbeiter dieser freundschaftlichen Einladung und da der Steiger ihn allein nicht bewältigen konnte, kam ihm noch der Wadenwärter Gora und als das auch noch nicht ausreichte, der Maurer Pilarnte zu Hilfe. Diese drei „edlen Gebein“ bewältigten nun den betreffenden Arbeiter und Steiger U. schlug ihm derart mit einem Oshenzimmer über den Kopf, daß er ohnmächtig zusammenbrach, dann schlug er den Verwundeten in blinder Wut weiter auf Kopf, Arme und Beine und wo er nur hinkam. Infolge dieser tohen Mißhandlung lag der Arbeiter vier Tage krank, erhielt aber keinen Krankenschein, ja man drohte ihm, wenn er ins Lazarett gehe, müsse er die Verpflegungskosten dort selbst bezahlen. Und für diese unglaubliche Rohheit erhielt der Beamte nur 9 Mt. Geldstrafe, während seine beiden Helfer freigesprochen wurden. Als Kronzeuge gegen den betr. Arbeiter hatte sich der Steiger A. einen Oberhauer mitgebracht, welcher aber nichts anderes zu sagen mußte als, daß der Arbeiter ein gefährlicher und frecher Mensch sei. Ueber das Warum und Weßhalb wurden merkwürdigerweise keine Fragen gestellt. Der betr. Arbeiter ist aber ein durchaus ruhiger und friedlicher Mensch, dem nicht das geringste nachgesagt werden kann. Gegen den „wahrheitsliebenden“ Oberhauer wird darum Klage angezogen, ihm soll Gelegenheit gegeben werden, seine unter Eid gemachten Angaben zu beweisen. Muß aber, so fragen wir, ein derart milbes Urteil die Beamten zu weiteren Rohheitsdelikten nicht geradezu herausfordern? Würde das Gericht auch zu einem solchen Urteil gekommen sein, wenn umgekehrt der Arbeiter den Beamten derart mißhandelt hätte?

Süddeutschland und Reichslande.

Grube Neuling. Hier werden wieder Klagen laut über zu schlechtes Gewicht. Wie uns die Kameraden mitteilen, sollen die Wagen nur parabelhalb über die Waage hinweggrutschen und sind unsere Kameraden der Meinung, daß es bei diesem Parübergleiten kaum möglich sei, das richtige Gewicht festzustellen. Es sieht aus, als wenn hier die Wagen nur tagiert würden, denn für gut geladene gibt es gewöhnlich jezt 1400, für minder geladene 1800 Kilogramm, während früher das Gewicht bedeutend höher war. Vielleicht sieht sich die Verwaltung die Waage einmal etwas näher an, denn die Kameraden sind nicht gewillt, Verdienstbinden durch Mindergewicht, die eine schlecht funktionierende Waage verursacht, noch länger zu haben. Wir nehmen nämlich an, daß das schlechte Gewicht dadurch herbeigeführt wird, denn daß der Verwaltung bei der Berechnung Schreibfehler unterlaufen, glauben wir nicht, da die Beamtenschaft von Grube Neuling sonst als human geschilbert wird. Oder sollte die Krise, durch die die Profite der Unternehmer kleiner werden, es auch mit verschulden, daß das Gewicht der gelieferten Minette sich auch verkleinert? Auch haben wir doch jezt so schwere Witterung, daß das Erz eher mehr als in der trockenen Jahreszeit wiegen sollte. Ferner soll es auch vorkommen, daß den Kameraden Wagen fehlen. Die Verwaltung möge deshalb dafür sorgen, daß die Klagen der Kameraden verstummen; diese aber müssen sich immer dichter zusammenschließen, auf daß sie in Zeiten schlechter Konjunktur nicht zum Spielzeug der Unternehmer werden, sondern in stande sind, ihre Rechte zu verteidigen und sich bessere Lebensverhältnisse zu erringen.

Rombacher Werk. (Offene Anfrage an Herrn Direktor Heinberg.) Wie nach Vereinbarung des diesjährigen Streiks von „Heillichen“ Gewerksvereinen erklärt wurde, hätten Sie versprochen, nach einigen Wochen die einbehaltene Konventionalstrafe wieder zu erstatten. Bis heute warten aber die Bergarbeiter noch immer vergebens darauf. Vielleicht, daß man die Rückerstattung solange aufschob, um den Leuten eine kleine Weihnachtsgabe damit zu machen. Jedenfalls wird aber das Rombacher Werk nicht haben wollen, daß man ihm nachsagt,

faure verdiente Arbeiterlohn an seine Aktionäre verteilt zu haben. Vielleicht Herr Heinberg, erklären Sie der Öffentlichkeit, wie es mit der Rückerstattung des von den Arbeitern rechtlich verdienten Geldes aussieht?

Grube und Wessinggruben (Schacht VI). Früher kostete das Paket Dynamit 2,75 Mt., jezt sind den Kameraden auf einmal 4,08 Mt., ohne sie von der Verteuerung vorher in Kenntnis zu setzen, am Sonntag in Abzug gebracht worden. Auch für die Waage ist ein Preisausschlag eingetreten. Die Ordnung in der Waage läßt auch zu wünschen übrig, zudem laufen die meisten Waagen nicht, so daß ein Teil der Arbeiter immer warten muß, bis der andere Teil sich gewaschen hat. Auf Schacht VI soll an der Tragbühre, die zum Transport der Verunglückten dient, die eine Stütze kaputt sein, so daß beim Niedersehen immer erst ein Stein oder dergl. untergelegt werden muß. Auf Schacht V, Wessinggruben, wurden kürzlich 43 Mann mit 2 Mt. bestraft, weil sie ihre Lampen gepußt hatten. Besonders seine Bildungs- und Umgangformen zeigt der Steiger Pottmann. Ausdrücke wie „Red mich in U. . . und dergl. sollen ihm den Arbeitern gegenüber sehr gefällig sein.

Grube Steinberg. Eine nette Erfahrung machte hier ein Kamerad, der, da er von den frommen patriotischen Unternehmern in Lothringen gemahregelt war, auf hiesiger Grube sein Heil versuchte. Derselbe hatte so schlechte Arbeit, daß er nichts verdienen konnte und, wenn er weitergearbeitet hätte, noch nicht einmal in stande gewesen wäre, sein Kostgeld zu bezahlen. Er verlangte deshalb seine Papiere, doch mußte er zu seinem Erstaunen wahrnehmen, daß man auf Grube Steinberg zwar schnelle Arbeit findet, wo man nichts verdienen kann, doch sie so leicht nicht wieder los wird. Es wurde ihm nämlich mitgeteilt, daß er für das Herausgeben seiner Papiere 4 Mt. zu bezahlen habe. Da aber der Verdienst für den betreffenden Kameraden auf dieser Grube so reichlich gewesen, so folgte man ihm die Papiere nicht aus. Jedenfalls wird das Friedensgericht in Wetz dem scheinbaren Beamten, der die Herausgabe der Arbeitspapiere verweigerte, begreiflich machen, daß auch in Zugemburg der Arbeiter kein Sklave, sondern frei ist und nicht erst noch Abgeld geben muß, um von seinen Ausbeutern loszukommen.

Grube St. Michel. Hier ist es üblich, die zu treibenden Abbaue gleichzeitig von zwei Seiten in Angriff zu nehmen, so daß die Kameraden bei Fertigstellung der Arbeit in der Mitte zusammenstoßen. Dieses System ist sehr gefährlich, falls beim Durchschlag nicht die nötige Vorsicht gehandhabt wird, wie wir es letzte Woche noch erlebten. Wie uns mitgeteilt wird, soll ein Hauer morgens bei Beginn der Schicht seiner Vorgesetzten darüber, daß unversehrt durchgeschossen werden könnte, dem Betriebsführer gegenüber Inubruak gegeben haben, dieser habe aber erklärt, es sei noch keine Gefahr vorhanden, da der Durchschlag vor zwei bis drei Tagen nicht zu erwarten sei. Doch schon der erste schwere Schuß der Gegenseite hatte den Durchschlag zur Folge und warf den auf der anderen Seite beschäftigten Hauer samt dem Wagen, vor dem er gerade stand, etwa fünf Meter weit zurück, so daß der Mann sofort getötet wurde. Was wir nicht verstehen können, ist die Leichtfertigkeit, mit der man mit dem Leben der Arbeiter spielt. War der Betriebsführer der Ansicht, daß der Durchschlag so nahe bevorstand, warum wurde dann nicht eine Kameradschaft in eine andere Arbeit verlegt? Warum, so fragen wir, hat der Betriebsführer es nicht beachtet, als der nun Getötete auf die Gefahr aufmerksam machte? Der Betriebsführer mußte sich doch als erfahrener Mann zeigen, daß es außerordentlich gefährlich sei, zwei Parteien Leute bei so kleiner Distanz gegeneinander arbeiten zu lassen, zumal auch noch so schwere Sprengstoffe abgetan wurden. Die Ausrede des Betriebsführers, daß er dem Hauer einen anderen Bescheid gegeben habe und der Mann, der fremdsprachig war, ihn nicht verstand, können wir nach Lage der Verhältnisse nicht gelten lassen und erwarten eine strenge Untersuchung. Der einig richtige Bescheid, den der Betriebsführer dem nun Getöteten geben mußte, war, die Arbeit sofort einzustellen, das ist aber nicht geschehen, sonst hätte sich der Unfall nicht ereignen können. Interessant ist auch, daß der Betriebsführer sich hinter der Ausrede verdingelt, der Mann sei der deutschen Sprache zu wenig mächtig gewesen und habe ihn darum nicht verstanden. Besteht denn für diesen Betriebsführer nicht das Verbot, daß solche Arbeiter, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind, vor derart gefährlichen Betriebspunkten nicht beschäftigt werden dürfen? Der Fall ist jedenfalls sehr lehrreich für die Art und Weise, wie die bergpolitischen Sicherheitsvorschriften befolgt werden. Sollen wir, daß die Untersuchung Aufklärung bringt und der Schuldige zur Rechenschaft gezogen wird.

Wie von den Grubenverwaltungen berichtigt wird.

Zur Aufklärung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wir laut Preßgesetz gerungen sind, auch Berichtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, soweit sie sich auf den Sachverhalt beziehen, aufzunehmen, da wir in anderen Fälle nicht des Tatbestandes halber, sondern wegen Nichtaufnahme der Berichtigungen bestraft werden können.

Braunshausen. Wir ersuchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes, nachstehende Berichtigung der in der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 42 unter dem Stichworte Zeche Deutscher Kaiser veröffentlichten Notiz gest. aufzunehmen: Es ist nicht richtig, daß auf Zeche Deutscher Kaiser in die Reviere sechs und neun nicht genügend Holz geliefert wird. Richtig ist, daß an allen Arbeitsstellen genügend Holz vorhanden ist. Ferner ist unrichtig, daß die Fahrwege nicht in Ordnung sind und daß die Arbeiter des sechsten und neunten Reviers, welche auf der Wetterfohle arbeiten, ihren Weg durch andere Reviere nehmen, oder aber den 60 Meter hohen Pfeiler betauftelken müssen. Richtig ist, daß die Fahrwege gut und vorchriftsmäßig sind, und daß insbesondere ein tadelloser Fahrweg im neuen blinden Schacht, No. 152, zur Wetterfohle vorhanden ist. Hochachtungsvoll! Gewerkschaft Deutscher Kaiser: Jakob Goffmann. — Wie es mit den Berichtigungen der Zeche Deutscher Kaiser bestellt ist, haben wir kürzlich noch an einem recht klaren Fall gezeigt. Ein Steiger hatte die Bergbehörde in der allerhöchsten Weise hinter Licht geführt. Während der Befragung durch die Bergbehörde hatte er eine Arbeitsstelle, die besonders schlimm ausst, zuzugestehen lassen, um den Anschein zu erwecken, daß dort nicht gearbeitet wurde. Die Arbeiter mußten sich während dieser Zeit mit ausgeblitzten Lampen hinter dem fraglichen Bergschlage verbergen halten, bis der Vertreter der Bergbehörde fort war. Dann wurde der Bergschlag mageriffen und an dem fraglichen Betriebspunkte lustig weitergearbeitet. Wir schilderten diesen Fall in unserer Zeitung, erhielten aber eine Berichtigung nach dem bekannten Schema: Es ist unware, unware ist u. s. f. mit Gasie. Wir stellen dann jezt, daß unsere Angaben trotz der Berichtigung auf Tatsachen beruhten und darauf wurde der betreffende Steiger seines Postens enthoben. Die Zechenverwaltung aber, statt jezt der Wahrheit die Ehre zu geben, hülfte sich in vielfaches Schweigen. Wir möchten hierbei an ein altes Sprichwort erinnern: „Der einmal lügt ufm.“

Wetz. Wir fordern Sie hierdurch unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes, nachstehende Berichtigung der in Nr. 41 Ihres Blattes unter dem Stichworte Zeche Oespel, Schacht II enthaltenen Notiz zu veröffentlichen: Es ist nicht richtig, daß der am 14. September auf Zeche Oespel in dem im Abteufen befindlichen Schachte II vorkommene Bruch des Förderseils, infolge dessen der Steinkübel in die Tiefe stürzte, darauf zurückzuführen ist, daß irgendwelche Vorrichtungsregeln außer acht gelassen sind. Richtig ist, daß der Unfall während der Nachtzeit dadurch entstanden ist, daß sich der Maschinwärter beim Gelächern des Nachts von seinem Führerstand entfernt hat, ohne die Maschine ganz still zu legen, bezw. ohne sich davon zu überzeugen, daß das Dampfventil vollständig geschlossen war. Ergeben! Gewerkschaft Oespel (Name unleserlich). — Demnach wäre der Unfall auf die Nachlässigkeit des Maschinisten zurückzuführen, wir bezweifeln jedoch, daß das zutrifft. Der Umstand, daß das Licht erlosch, beweist schon, daß das etwas nicht in Ordnung war und vorkommende Berichtigung spricht vielmehr für als gegen uns. Man hätte sich also diese Berichtigung ruhig sparen können, denn beweisen wird damit nichts.

Zeche de Wendel. Wir ersuchen Sie, nachfolgende Berichtigung der in Nr. 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 12. Oktober d. J. Seite 6 unter dem Stichworte Zeche de Wendel enthaltenen Notiz zu veröffentlichen: Es ist nicht richtig, daß die auf der Zeche de Wendel vor kurzem erfolgte Bestrafung von Arbeitern mit je 0,50 Mt. darauf zurückzuführen ist, daß der Betriebsführer nicht früh genug auf der Zeche erschienen ist. Richtig ist, daß einmal 17 Mann (nicht 20 Mann, wie es in dem Artikel heißt) nach Hause geschickt und mit 0,50 Mt. bestraft worden sind, weil sie durch ihre eigene Schuld die Sicherheitszeit veräußert hatten. Die Arbeiter hatten sich vorher auf dem Bejehnhauß aufgehalten und waren der Aufforderung, zum Schacht zu gehen, nicht gefolgt. Als sie schließlich nach 2 1/2 Uhr einfahren wollten, kam der Betriebsführer, welcher jezt jezt auf der Zeche ist, hinzu, schickte die Leute zurück und bestrafte sie. Es ist unrichtig, daß Arbeiter wegen Lebens unreiner Kohle zu Unrecht bestraft worden sind. Richtig ist, daß bei den Bestrafungen durchaus gerecht und nach sehr gelinde vorgegangen ist, zumal der Verlust an Wachs- und Raubbergen schon bis zu 35 Proz. betragen hat. Schließlich

Ist unrichtig, daß die Wende nicht in Ordnung ist, Klagen wegen schlechten Essens sind bis jetzt nicht vorgebracht worden...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

August Brust Ende.

Zehn Jahre lang ist Herr Brust Vorsitzender des Gewerkevereins gewesen. Zehn Jahre lang hat er verstanden, tausende gutgläubiger, ehelicher Bergarbeiter zu täuschen...

Der alte Verband ist wegen seiner Bekämpfung der brust'schen Machenschaften glänzend gerechtfertigt. Wie wir schon früher mitteilten, hat Herr Landtagsabgeordneter Brust in seinen funktionsfähigen Zeitungen...

Der Herr Abgeordnete Brust führt den Kampf gegen den Gewerkeverein und dessen Leitung weiter. Der Gefechtschmied Herr Brust hat ja längst das Vertrauen der Arbeiter eingebüßt...

Ein sehr hartes, aber gerechtes Urteil. Die Redaktion des 'Bergknappen' kennt Herrn Brust von innen und außen. Wenn Herr Brust fähig zur sachlichen Beurteilung wäre, müßte er zugeben, daß die jetzige Gewerkevereinsleitung ihn bisher schonend behandelt hat...

Wir sind der Überzeugung, daß Herr Brust schon als Gewerkevereinsvorsitzender bei der Knappschafswahl 1904 den Namen eines Unternehmervertreters verdient; kurz darauf mußte er ja auch den Vorsitz niederlegen...

Heute ist alles so klar. Nur weil die jetzige Gewerkevereinsleitung sich mit der Verbandsleitung verhandelt hat, wütet Herr Brust gegen die Gewerkevereinsleitung, demüßigt den 'Bergknappen'...

Ein braver Kamerad. Welcher Helvenknecht die Bergarbeiter täuscht und, wenn es gilt, dort wo in der Grube einen Kameraden aus Todesnot zu retten, wie sie...

Leben auf Spiel setzen, um ihren gefährdeten Mitarbeitern Hilfe zu bringen, ist allgemein bekannt. Da wird nicht erst lange nach der Weltankunft gefragt...

Ein neues Beispiel treuer heldenmütiger Kameradschaftlichkeit, die nicht erst nach Weltanschauungen fragt, wird uns aus Wanne berichtet. Auf Juche Pluto, Schacht Wilhelm, ereignete sich am 12. Oktober durch zu frühes Losgehen eines Sprengschusses ein Unfall...

Die einzige Gewähr und Sicherheit für die fahrende Mannschaft bietet, neben einem guten Fördertau, immer ein schaffstuniger, absolut zuverlässiger Führer der Maschine. Ebenso natürlich aber ist es auch, daß Sozialdemokraten laut Statut keine Aufnahme finden können...

fanatlicher Haß schon gebracht, daß man vor Mitteln, deren sich die Kulturmenschen schämen muß, die jehem religiösen und sittlichen Empfinden ins Gesicht schlagen, die eine Schmach für die Bergarbeiter selbst bedeuten...

Zur Knappschafswahl!

Der 'Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter' hat sich in den neugebildeten Sprengzügen gleichfalls durch ein allgemeines Flugblatt an die Knappschafsmittglieder gewandt. Wir konstatieren das dieses Gewerkevereinsflugblatt anerkennenswerterweise sachlich gehalten ist...

Königreich Sachsen.

Aus dem sächsischen Erzgebirge. Am 26. Mai 1907 haben sich die Bergarbeiter im Schneeberger Revier dieses Jahr das erste mal versammelt, um sich über eine Lohnverhöhung zu verständigen...

18 bis 20 Bg. erfolgt ist. Der Berg hat auch hier wieder einmal eine Wunde davon. Doch man nicht mehr zuliegen und bewilligen konnte, wurde damit begründet, daß man im Vorjahre 80 000 Mt. zugelegt habe...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Waldenburg. Unbarm ist der Welt Lohn. Interessant ist es, das Gehahren der Führer der verschiedenen Organisationen im hiesigen Revier beobachten zu können. Nicht nur bei der Reichstagswahl, sondern auch bei der letzten Lohn- und Knappschafsbewegung, bei Arbeiter-Ausflüchten usw. konnte man immer das traurige Verhältnis der Hirsche, Reichstreuen und katholischen Facharbeiter beobachten...

Waldenburg. Der Lügenpeter gewinnt immer mehr als pathologisches Kuriosa — er und manche andere Schreiber im 'Feierabend' auch. Man lese sich die letzte Nummer des 'Feierabend', gut durch. Zunächst versucht das Blatt die Haltung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in der Frage des Vorkamer Knappschafstatuts zu kritisieren...

